

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Jahreshälfte 10.000.— Mr. Einzelverkaufspr. 900 Mr.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Pettzeile oder deren Raum 1800.— Mark, auswärtige 1800.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 1200 Mr., für Reklamen 6000.— Mr.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagzeitung für das arbeitende Volk

Nummer 152.

Dienstag, 3. Juli 1923.

30. Jahrgang.

Blockierung des Ruhrgebiets.

SPD. Elberfeld, 2. Juli. (Eig. Drahtb.)

Der Erlaß des Generals Degoutte, der für 14 Tage jede Ein- und Ausreise ins Ruhrgebiet untersagt, bedeutet eine völlige Blockierung des Ruhrgebiets, die durch die starke Handhabung des Passzwanges seit Wochen eingeleitet worden ist. Das Ende kann nur eine große Katastrophe sein. Der Erlaß wurde mit größter Pünktlichkeit durchgeführt. Sonntag nacht 12 Uhr wurde die elektrische Straßenbahn Elberfeld-Neuegessenhof gemäß dem Erlaß stillgelegt. Dadurch fällt für die Versorgung des Ruhrgebiets die wichtigste Linie weg, die den Verkehr nach Hattingen, Bochum, Steele, Gelsenkirchen, Essen, Mühlhausen-Quisburg vermittelt. Arbeiter, die im besetzten Gebiet wohnen und im unbesetzten Gebiet arbeiten und umgekehrt werden zurückgewiesen. Es scheint jedoch eine Erleichterung eintreten zu sollen. Die lokalen Besatzungsbehörden sind mit den Kommunalbehörden in Verhandlungen darüber eingetreten, welchen Personen die Ein- und Ausreise auch in Zukunft gestattet werden soll. In der von den Franzosen besetzten englischen Grenzzone ist der Erlaß bisher nicht durchgeführt worden, doch wird der Passzwang sehr scharf gehandhabt.

Von gut unterrichteter Stelle erfahren wir, daß mit einer weiteren Besetzung über die Grenze von Aplerbeck und Scharnhorst hinaus bestimmt zu rechnen ist. In Frage kommen die Bezirke Hamun und Unna. Am Montag vormittag wurde die Stadt Weisthosen an der Eisenbahnlinie nach Frankfurt besetzt, anscheinend zwecks Beilegung einer Kontribution in Höhe von 60 Millionen aus Anlaß des vor einigen Tagen zwischen Sphurg und Hohenlyburg erfolgten Anschlages auf französische Soldaten. Patrouillen sind auf der Straße nach Schwerte bis zur Eisenbahnkreuzung vorgezogen. Da die Bezahlung der Kontribution abgelehnt wurde, ist ein Kaufmann und der Vorsteher des Bahnhofes festgenommen worden.

Bei der Explosion der Duisburg-Hochfelder Rheinbrücke soll nach den neuesten Feststellungen auch ein französischer General ums Leben gekommen sein. Außerdem wird mitgeteilt, daß sich die Zahl der Todesopfer inzwischen um das Doppelte vermehrt hat. — In Essen ist ein Streik der Transportarbeiter ausgebrochen.

SPD. Elberfeld, 2. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die Besatzungsbehörde hat angeordnet, daß auf jeden, der Schleichwege benutzen will, um ins besetzte Gebiet zu gelangen oder aus dem besetzten Gebiet herauszukommen, geschossen wird. Am Montag morgen sind infolge dessen in der hiesigen Gegend drei Arbeiter, die zur Arbeitsstätte wollten, angeschossen worden. — Ein Teil der Truppen, die am Montag Weisthosen besetzten, wurden plötzlich alarmiert und zogen in Richtung Duisburg ab.

Gegenüber einer Darstellung der Savas-Agentur teilt das Reichswehrkommando Münster mit, daß weder Mannschaften noch Offiziere der Reichswehr bei dem Attentat auf der Duisburger Brücke beteiligt gewesen seien; ebenso will die Reichswehr Dynamit zur Sprengung nicht geliefert haben.

Die sieben Todesurteile.

Gegenseitiger Verrat der Deutschvölkischen — Patriotismus und Selbstsucht.

Am Freitag wurden in Mainz sieben Deutsche zum Tode verurteilt. Sie waren angeklagt, in verschiedenen Fällen Eisenbahnattentate verübt zu haben. Auch diese Verurteilten sind der französischen Gerichtsbehörde durch gegenseitigen Verrat in die Hände gefallen. Sie alle gehörten dem Bund „Oberland“ an. Im Café Landkurm in Frankfurt war nach übereinstimmenden Aussagen der Verurteilten ein Werkbureau dieses Bundes mit dem Zweck eingerichtet, Sabotageakte im besetzten Gebiet durchzuführen. Allen Mitgliedern waren Karten ausgehändigt worden, auf welchen die Stellen eingezeichnet waren, an denen Sprengungen usw. vorgenommen werden sollten. Für die Tat wurden Vorhänge in verschiedener Höhe gezählt. Die Mehrzahl der Angeklagten erklärte, dem Bund „Oberland“ lediglich zum Zwecke des Geldverdienens beigetreten zu sein.

Am 8. Mai begaben sich die Angeklagten Gruber, Haase und Schneider zu der französischen Geheimpolizei in Höchst a. M., um dort über den Zweck der Unterorganisation „Oberland“ in Frankfurt a. M. mit der Absicht, Geld zu erhalten, Angaben zu machen. Sie erhielten jedoch kein Geld, sondern wurden in Haft genommen, da sie sich im Einzelverhör ebenfalls wieder vertieten und gestanden, an den bereits früher erfolgten Sabotageakten bei Bodenheim und Niederheimbach beteiligt gewesen zu sein. Durch die Angaben der Verräter gelangte die Polizei auf die Spur der übrigen Komplizen, die dann bald festgenommen wurden. Ferner deckte die französische Geheimpolizei das Dynamitdepot der Sabotagegesellschaft bei Mutterstadt auf.

Der Verlauf der Verhandlungen ergab ein äußerst trübes Charakterbild von den Angeklagten. Der eine verurteilte die Schuld auf den andern abzuwälzen, was verraten werden konnte, wurde dem französischen Gericht mitgeteilt.

Die Lügenhebe des Bürgertums.

Zu den Vorfällen in Schwartau.

Dr. L. Lübeck, 3. Juli.

Niemand wird uns abstreiten, daß wir untern gestrigen Bericht über die Vorfälle in Schwartau objektiv und ruhig abgaben. Selbst diejenigen Teilnehmer am Hafentanzzug, die sich einen Rest von Rechts- und Schamgefühl im Sumpf der bürgerlich-völkischen Hege bewahrt haben, werden zugeben, daß unser Bericht richtig ist und den Verlauf der Dinge einwandfrei darstellt.

Sozialdemokratische Moral unterscheidet sich von der bürgerlichen grundtätlich. Ein ehelicher Sozialdemokrat steht für das, was er tut, ein. Er hält es unter seiner Würde, sich der Verantwortung durch Lüge und Verdrehung zu entziehen. Das Bürgertum aber? Wir brauchen nicht an die vielen deutschvölkischen Schändlichkeiten zu erinnern; es ist wohl auch nicht nötig, die vielen feigen Mordtaten aufzuzählen, die das Hofentzug mit dem roten Blut deutscher Männer beudelt haben. Wieviele Arbeiter sind allein in Kamp Butsch „auf der Wiese“ erschossen worden! Und auch darüber brauchen wir nicht zu sprechen, daß fast alle diese Meuchelmorde, alle diese heuchlerischen Verbrechen ungeahnt blieben, weil feiges Zeugnis und erbärmliche Verantwortungslosigkeit jeden Tatbestand verdrehen und verunkelt.

Wir waren auch bei den Schwartauer Vorkommnissen gefaßt auf ungläubigste Verlogenheit und niederträchtigste Tattatschuld. Aber solche Niedertracht und solche Lügenhaftigkeit hätten wir nie und nimmer für möglich gehalten. Die bürgerlichen Berichte sind von Anfang bis Ende ein Schandstück für die gesamte Journalistik. Und wir sind jeden Augenblick bereit, den Wahrheitsbeweis dafür anzutreten, daß die bürgerliche Berichterstattung durch und durch verlogen ist; daß sie ebensowenig Lügen als Worte enthält.

In jeder einzelnen Behauptung, in jedem Wort sogar, der bürgerlichen Presse liegt für jeden, der die Ereignisse mit anseh, der glatte Beweis dafür, daß die bürgerlichen Berichterhalter von den wirklichen Vorgängen keine Ahnung haben, daß sie ihre ganze Wissenschaft auf nachträglichen Klatschereien aufbauen. Hätte einer von ihnen wirklich wassehen, er hätte sich zu solchen ungläubig dummen Lügen nicht vertiefen können.

Die feuchend Profetazier, die an der sozialdemokratischen Demonstration beteiligt waren, wissen das alles ganz genau. Um es auch den andern zu beweisen, wollen wir einige der größten und plumpten Lügen an den Pranger stellen.

Am frechten und verlogensten gebärden sich naturgemäß die „Lübeckischen Anzeigen“. Ihr Bericht beginnt mit dem Satz: „Einer Aufforderung des Lübecker Volksboten entsprechend hatte entsprechend hatte sich eine sozialistisch-kommunistische Gegendemonstration eine sozialistisch-kommunistische Gegendemonstration gebildet, die den vom Trappmünder Bahnhof kommenden Zug in der Gegend der Waldhölle erwartete.“ Erste Lüge: Nicht der Volksbote hatte aufgefordert, sondern die sozialdemokratische Parteileitung Schwartau-Neufeld. Zweite Lüge: Der Zug hielt sich in der Lübecker Straße auf. Am Bahnhof aber verarmte sich nicht ein einziger Demonstrant. Eine weitere Behauptung: „Beim Herannahen (der Lübecker Polizei) räumten die Sozialisten und Kommunisten den Platz mit Gejoch.“ Auch ein zur Verstärkung heranzukommener weiterer Zug wurde in der Lübecker Straße von dem Gegendemonstrationszug verdrängt und sollten Partisanen angelegt gewesen sein, die aber abgeklagen sind.“ Erste Lüge: Der Zug war längst geblieben und geordnet abmarschiert, als die grüne Polizei eintraf. Zweite Lüge: Verstärkung ist überhaupt nicht herangezogen worden. Da schon der erste Zug keine Geleichenheit hatte, einzugreifen. Wie es sich demnach mit dem abgeklagenen Angriff verhält, kann selbst der verkrochteste Hafentanzler an seinen fünf Fingern abzählen.

Nach eine andere Behauptung: „Nachdem dort (vor Geery Hotel) der Genosse Leber durch eine Anprache noch einmal die Wölfe warm gemacht hatte, erzwang die Menge die Auslieferung zweier Fahnen, die mit Falls aus dem Markttag verbrannt wurden.“

Hier ist so faulhaft und so dumm gelegen, daß Grauen jeden anständigen Menschen über die deutschvölkische Vertommenheit befallen muß. Der Berichterhalter behauptet die unannehmerlichsten Sachen ohne die geringste Ahnung zu haben. Erste Lüge: Der Genosse Leber hat überhaupt keine Anprache gehalten bei Geery Hotel. Er hatte mit der Leitung des Zuges ja auch gar nichts zu tun. Die Schlußanprache zu halten, das war seine einzige Aufgabe. Er hat allerdings — nachdem keine Verhandlungen mit den Führern des Bismarckbundes zu einer Einigung geführt hatten — zu der erregten Menge einige Worte gesprochen, mit der Aufforderung, Ruhe zu halten und nacheinander geschlossen zum Marktplatz zu marschieren. Zweite Lüge: Es wurden nicht zwei, sondern eine Fahne ausgeliefert. Dritte Lüge: Auf dem Markttag wurde überhaupt keine Fahne verbrannt. Die große Hafentanzflagge befindet sich wohlbehalten in Lübeck.

Weiter behauptet das edle Blatt: „Die Sozialdemokraten setzten ein mit Patrouillen, Meldegängern und Streustrups organisiertes Unternehmen in Tätigkeit.“ Von Anfang bis Ende eine große und gemeine Lüge. Der sozialdemokratische Demonstrationszug war nichts anderes als jede andere Demonstration. Ein ziemlich regelloser Aufmarsch der Arbeiter mit Frauen und Kindern.

Meine schwarz-weiß-roten Herrschaften! Ist das nicht eine großartige Blütenleise ungläubigster Verlogenheit? Und so ist der ganze Bericht.

Mit Nachdruck stellen wir fest: Der Bericht der Lübeckischen Anzeigen wimmelt von Lügen und Verdrehungen, wie eine Schlammgrube im Frühommer von Kaulquappen. Er ist der Gipfel der Verlogenheit und der Verdrehung. Sollten die Lübeckischen Anzeigen ob dieser Feststellung beleidigt sein, so bieten wir Ihnen gern Gelegenheit, vor Gericht den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Nicht viel anders benehmen sich die beiden andern bürgerlichen

Blätter Lübecks. Die Lübecker Neuesten Nachrichten besitzen die Unerschämtheit, folgenden Satz zu schreiben: „Mit Gummiknüppeln gingen die Gegendemonstranten, die wohl an 1500 Mann stark waren, auf die nur etwa 150 Mann starken jungen Leute los.“ Kein einziger Arbeiter hatte einen Gummiknüppel. Allerdings wurden im Verlauf der Kämpfe den deutschvölkischen Helfen vielleicht ein Duzend dieser niedlichen Dinger in mehr oder weniger Totschlägerformat abgenommen. Außerdem beteiligten sich an dem Handgemenge vor der Waldhalle höchstens 30 Arbeiter. Der ganze übrige Zug zog in langer Reihe hinter den Fahnen her. Die Neuesten Nachrichten lassen sich also an Verlogenheit von ihrem noch nationalistischeren Schwesterblatt in der Königstraße nur wenig überbieten. Weiter wird folgende Schauer Geschichte erzählt: „Man (die Arbeiter) vergriff sich auch an dem Geertischen Mobiliar. Von Tischen und Stühlen, die man aus dem Saal geholt hatte, wurden die Beine abgebrochen, um sie als Waffe benutzen zu können.“ Erste Lüge: Kein einziger Arbeiter hat den Saal betreten, kein einziger Arbeiter konnte sich also an dem Mobiliar des Hotels vergreifen. Bei Geery Hotel ist auch keinem einzigen Beamten ein Haar gekrümmt worden; die Verletzung des Wachtmeisters stammte aus dem Handgemenge vor der Waldhalle.

Kun eine Frage an die bürgerlichen Zeitungsredakteure: Ist ein solcher Bericht, in dem die Verlogenheit und die Unwissenheit von Anfang bis Ende allein und ausschließlich regieren, nicht eine Unanständigkeit und eine Schamlosigkeit zugleich? Würde sich eine sozialdemokratische Zeitung jemals so etwas erlauben, den Gehalt und die Schimpferei möchten wir erleben: Heh! Hak! Verleumdungshehe!

Vielleicht wird die Staatsanwaltschaft, die die ganze Geschichte aufklären wird, Gelegenheit nehmen, der bürgerlichen Presse ihre verantwortungslose und ungläubigste Lügenhebe zu dokumentieren. Sollte es in den nächsten Tagen, infolge dieser unerschämten und verlogenen Verhöhnung der bürgerlichen Jugend zu irgend welchen Ausfahrungen kommen, die ersten Anzeichen liegen vor, dann wird man die Schuldigen in den Redaktionsräumen der Königstraße zu finden haben. Ebenso wie die Hauptschuldigen an den Schwartauer Vorgängen jene verantwortungslosen „Führer“ sind, die die „beilere“ Jugend so ungläubig verhehen. Und die Streiktruppen mit Gummiknüppeln und Totschlägern über Land spazieren führen!

Auch die Behauptung, daß der Wirt und die Kellner sich in die Verhandlungen eingemischt hätten, ist verlogen. Dr. Leber hat mit den deutschvölkischen Führern ganz allein verhandelt, weder ein Wirt noch ein Kellner war dabei zugegen.

Die beiden Verichten schloß sich heute früh auch der General-Anzeiger würdig an. Er hat ja wohl den gleichen Gemütszustand wie die Neuesten Nachrichten. Ein Redaktionsmitglied dieser beiden Blätter drückte sich bei verschiedenen Zwischenfällen im Hintergrund herum. Aber wenn man alt wird, nehmen Beobachtungsgabe und Gedächtnis ab. Das ist immerhin eine Entschuldigung; denn daß der gute Mann bewußt gelogen hat, das scheint uns bei seiner ionigen Harmlosigkeit ausgeschlossen. Er hat ja auch seinen gestrigen Bericht aus den Neuesten Nachrichten für den General-Anzeiger etwas zurecht: frisiert. Wahrhaftig wurde er dazu durch den Bericht des Volksboten bewogen.

Trotzdem ist noch genug Lüge drin! Zum Beispiel: „Dr. Leber hielt (auf dem Markt) eine neue Anprache und dann sollte die Fahne verbrannt werden. Da sie aber zu nah war, um Feuer zu fangen, zerriß man sie und nahm die Zeichen mit.“

Wenn Leute alt werden, leben sie manchmal Gespenster. Es haben tausend Menschen den Schlußakt der Arbeiterdemonstration gesehen. Aber von all den Tausend hat sicher kein einziger gesehen, daß die Fahne verbrannt werden sollte. Auch daß sie zerriß wurde hat von allen Tausend nur einer gesehen: Der Berichterstatter des General-Anzeigers. Da aber die andern Tausend nur Arbeiter waren, so sagt natürlich der biedere Bürgermann die Wahrheit. Selbst dann noch wird man ihm glauben, wenn die ganze Flagge in Lübeck noch vorhanden ist.

Die Schlußbemerkung des General-Anzeigers aber, wohl aus anderer Feder stammend, überbietet an Gemeinheit alles andere. „Wer der Auspeitscher gewesen ist, ist durchaus klar“, so wird da mit Pathos ausgerufen! Man mein Dr. Leber! Man nennt aber den Namen nicht, um sich näher vertrieben zu können. In Wirklichkeit hatte Dr. Leber mit der Leitung des Zuges überhaupt nichts zu tun. Und jeder Anwesende — Sozialist oder Hafentanzler — weiß, welche Rolle Dr. Leber gespielt hat. Seinem Eingreifen ist es zu danken, daß vor Geery-Hotel nicht eine Katastrophe ohnegleichen eintrat, daß nicht noch mehr und schlimmer Blut vergossen wurde. Die Verhandlungen Dr. Lebers hatten nur ein Ziel: Die Kämpfenden auseinanderzubringen. Selbstverständlich verrät er dabei die Absicht der Arbeiter, und selbstverständlich wertete er die Uebergabe der Hafentanzflagge als Erfolg. Möge doch der General-Anzeiger sich bei den Führern auf der Gegenseite erkundigen, wie sie von der Sache denken. Er wirt sicher ganz überrascht sein.

Wenn der General-Anzeiger zum Schluß einen Widerspruch in unserm Bericht feststellen will, so ist er dabei ganz lächerlich ausgenutzt. Selbstverständlich wurden die Stühle aus dem Saal geworfen; im Garten waren ja gar keine. Allerdings flogen die Stühle auf dem gleichen Wege wieder zurück. Und die Arbeiter, durch das Werfen von drinnen aufs äußerste gereizt, gingen nunmehr gegen Tür und Fenster vor. Die Sache wurde kritisch; und jetzt fiel den jungen Hafentanzlern das Herz in die Hose. Sie hatten sich im Saal so sicher geglaubt.

Im übrigen hat Dr. Leber nicht mit den Jungen verhandelt, sondern mit einem Lübecker Herrn, der sich als Oberleutnant bezeichnete, und einem Samikatsrat aus Neumünster, der mindestens

60 Jahre alt ist. In jedem bürgerlichen Vericht auch nicht ein wahres Wort. Lüge, Dummheit, Heide von Anfang bis Ende! Aber, wie gesagt, die Unternehmung wird in mancherlei aufklären. Die Schmarotzer Polizei wird als unbeteiligter Zuschauer die nötige Aufklärung geben können. Wie aber erklären: Unser Bericht ist von Anfang bis zu Ende richtig. Er beschränkt nichts, und er leugnet nichts. Wir wollten nur eins: meinen Genossen die Wahrheit sagen. Und wir haben Zeugen genug, die unsere Angaben bestätigen werden.

Wenn es der Gemeinheit gefiel, lasse uns auch nur in einem Punkte zu widerlegen, so sind wir bereit, alles zurückzunehmen. Das wird aber niemals eintreten. Denn für jeden einzelnen Teil unserer Behauptung steht der Wahrheitsbeweis — gerichtlich oder wo es immer sei — zur Verfügung.

Die englisch-französische Meinungsverschiedenheit.

Am Montag hat der englische Ministerpräsident den französischen Botschafter in London empfangen, um eine mündliche Antwort auf den von seiner Regierung an Frankreich gerichteten Fragebogen entgegenzunehmen. Der Inhalt der mündlichen Auskünfte wird vorläufig geheimgehalten, aber das Reconcil zwischen der offiziellen Pariser Presse und den der Regierung nahestehenden Blättern in London läßt erkennen, daß die Differenzen zwischen Frankreich und England groß sind und nicht so schnell überbrückt werden dürften. Trotzdem gehören wir nicht zu den Kreisen, die Hoffnungen auf ein Zerwürfnis zwischen England und Frankreich aus der Schärfe der englischen Propaganda schöpfen. Früher schon haben englische Kritiker, erinnert an Lord George und Bonar Law, aus Anlaß ähnlicher Situationen mit einer Sonderaktion gegen Frankreich gedroht. Es nimmt deshalb auch nicht wunder, wenn die Regierung Baldwin in Form einer positiven Erklärung gegen Bonar Law in der gemeinsamen Lage ebenfalls die Sonderaktion als letzten Ausweg betrachtet. Über die allgemeine europäische Lage spricht der Herr die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen den beiden stärksten Mächten des Kontinent als für die Bewirkung der von England jetzt angebotenen neuen Sonderaktion. Deutschland würde jedenfalls von einer derartigen Aktion nicht den geringsten Vorteil haben und es ist uns unverständlich, wie gewisse Kreise von einem Zerwürfnis zwischen Frankreich und England das Heil des deutschen Volkes erwarten können. Denn sicher würde Frankreich von seinem Zerwürfnis mit England die Ruhrbesetzung fortsetzen und Deutschland schließlich zur Entgegennahme seiner Bedingungen zwingen.

So mania wir an eine Verständigung des französisch-englischen Bündnisses glauben können, so sehr sind wir davon überzeugt, daß sich die amtlichen Stellen in London und Paris, wenn auch nach Überwindung großer Hindernisse, auf kurz oder lang doch einigen werden. Man muß sich darüber klar sein, daß diese Einigung, nachdem die Regierung Cuno unsere Interessenvertretung ausschließlich in die Hand Englands gelegt hat, nur auf Kosten Deutschlands vor sich gehen kann. Frankreich bietet nach wie vor auf der Aufrechterhaltung der Eisenbahnregie, die inzwischen im Ruhrgebiet durchgeföhrt ist. Außerdem fordert es Sondermaßnahmen, die in den rheinischen Gebieten zur Durchführung gelangen sollen. Nichts spricht dafür, daß die französische Regierung von diesen grundlegenden Forderungen absehen wird, vielmehr ist dagegen anzunehmen, daß sich das durch die Verhältnisse diktierte englisch-französische Kommando auf die oberbestimmten Punkte aufbaut. Freilich ist nur, ob die Regie weiterhin in der Hand einzelner Entente-Mächte bleibt und ob die ergriffenen Sicherheitsmaßnahmen ihre Durchführung durch Vertreter der alliierten Staaten finden. Bonar Law ist zwar nach wie vor bestrebt, sein selbständiges Machtwort im Ruhrgebiet aufrechtzuerhalten, aber er wird sich nach einer grundsätzlichen Einwilligung der englischen Regierung an einer Eisenbahnregie und einer Sicherheitsaktion beteiligen müssen, die Kontrollmaßnahmen dem Völkerbund zu überlassen. England baut bereits in diesem Sinne vor. Es versucht, durch Behauptungen dieser oder jener Art den Völkerbundgedanken in Deutschland schwächen zu machen, um unserm Volke dadurch die Zustimmung zu den für uns kommenden unerträglichen Entscheidungen zu erleichtern.

Nach Abschluß des vorstehenden Artikels gelangen wir in den Besitz folgender Erklärung:

„In offiziellen Kreisen Londons ist man über die Andeutung, die britische Regierung sei entschlossen, eine förmliche Regelung mit Frankreich zu erzwingen, von ermüdeter Seite wird festgestellt, daß es durchaus vorzuziehen wäre, von einem geländerten Vorgehen Englands Deutschland gegenüber zu sprechen.“

Spannung zwischen dem Westin und Paris.

In verschiedenen Kreisen macht man aus der diplomatischen Spannung, die infolge der Rundstellung des Papstes zwischen dem Westin und der französischen Regierung hervorgerufen wurde, kein Hehl. Man weiß jedoch daraus, daß die Haltung des Papstes durchaus keinen französisch-englischen Charakter habe und ohne jeden fremden Einfluß entstanden sei. Man hofft in Rom, daß in Frankreich und Belgien bald eine sachliche und bewondere Bewertung der päpstlichen Note Platz greifen werde.

Der neue Index.

Zum wertbeständigen Lohn. SPD. Über die am Montag zwischen den Arbeitnehmern und dem Reichsstatistischen Amt und verschiedenen Ministerien sowie weiter mit dem Reichsarbeitsminister stattgefundenen Verhandlungen betr. Einführung eines wertbeständigen Lohnes wird folgende amtliche Meldung verbreitet:

Nachdem die vorbereiteten Vorschläge über die Wertbeständigkeit der Löhne im Reichsarbeitsministerium zu Ende geführt sind, wird nach im Laufe dieser Woche eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildete kleine Kommission in der Person des Reichsarbeitsministers unter Einwirkung der beteiligten Reichsministerien zur Verhandlung über die gleiche Frage zusammenkommen.

Zwischen ihnen haben auch die Beratungen über die Wertbeständigkeit des Index ihren Abschluß gefunden. Man der Wertbeständigkeit des Index über die Woche wird eine kleine Kommission zu bilden sein. Diese werden sich zum ersten Male mit der Bestimmung der Durchschnittswerte für den Monat Juli ein Wochenende auseinandersetzen, die aber noch auf dem nächsten Gebotungen der vorhergehenden Woche beruht.

Die offizielle Mitteilung über die Verhandlungen und deren bislangiges Ergebnis lautet: Die Kommission, die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine

Das Fehrenbachurteil vor dem Reichstage.

372. Sitzung.

Montag, 2. Juli, nachm. 4 Uhr.

Präsident Löwe eröffnet die Sitzung um 4 Uhr mit der Mitteilung, daß der Reichstagsabgeordnete Wolf (D. Wpt.) als Geisler für die Sprengung auf der Duisburger Eisenbahnbrücke in Haft genommen worden ist. (Witruve.)

Auf der Tagesordnung der versprungen für 2 Uhr fortgesetzten Sitzung stand als erster Punkt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Nationalisierung. Doch wurde auf Vorschlag des Reichspräsidenten dieser Gegenstand, über den zwischen den Parteien noch verhandelt wird, abgelehnt und Punkt 2 der Tagesordnung, Interpellation der Sozialdemokratie über die Rechtsprechung des Reichsgerichts in München im Landesvertragsprozeß Fehrenbach

vorgezogen. Die am 23. Oktober letzten Jahres eingebrachte Interpellation fragt die Reichsregierung, was sie gegen das harrische Reichsgerichtsurteil zu tun gedenkt, durch das Fehrenbach zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er Mitteilungen über in Rom bestehende, im Reich aber verbotene Geheimorganisationen gemacht hatte.

Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält

Hg. Dillmann (So.):

Hervorragende Gelehrte, Juristen, Politiker der verschiedensten Parteien haben gegen das Fehrenbach-Urteil Stellung genommen. Auch das Ausland hat sich mit der Sache beschäftigt. Das Urteil bildet eine Art dauernder schmerzlicher Erinnerung an die Anwesenheit und die moralische Wirkung des Reichsgerichts im Ausland. (Lebh. Zustimmung links.) Der Reichspräsident Fehrenbach hat in der Auslieferung wichtiger Schriftstücke an den französischen Botschafter bestanden, die dann im Pariser „Journal“ veröffentlicht wurden. Dabei hat sich, daß es sich um Schriftstücke handelt, die bereits von der Münchener Regierung veröffentlicht worden waren. (Lebh. Zustimmung links.) Das Telegramm des Reiches an Paris, das 1919 im „Journal“ veröffentlicht wurde und das Fehrenbach an ein Korrespondenzbüro vorlesen ließ, betraf den Vorkämpfer des letzten Papstes. Dieses Telegramm war alles andere als ein diplomatisches Mittelstück, und es wirkte ein demütigendes Licht auf das politische Urteil des Reichsgerichts, ein so bedeutungsloses Telegramm für ein wichtiges Mittelstück zu erklären. Auch die Regierung des Reichs hat die Veröffentlichung des Papst-Telegramms ungenügend auf Verhandlungen einwirken lassen, die im April 1919 zwischen dem Reich und Frankreich über die französische Regierung über Deutschland stattfanden. Inzwischen, weil das Diktat von Versailles bereits feststand, noch bevor das Ritter-Telegramm veröffentlicht wurde. Das Urteil wegen Landesverrats ist ein Fehlurteil, das irgendwie, wenn auch nur auf dem Wege der Beantragung, korrigiert werden muß. Das Urteil ist aus der Atmosphäre geboren, die in München nach der Niederwerfung der Reichsregierung herrschte. Dabei ist Fehrenbach kein Unschuldiger; er hat die Veröffentlichung an der Reichsregierung direkt abgelehnt. Der Sachverständige Dr. Köhne hat durchaus zugunsten Fehrenbachs ausgelegt. Die Veröffentlichung des Ritter-Telegramms durch den Journalisten Bost hat sich ausdrücklich auf Fehrenbach bezogen. Dieser hat aber nicht das Bewußtsein einer unehrenhaften Handlung gehabt, wenn er sich öffentlich als Hochverräter nennen ließ. Fehrenbach kann nie und nimmer das Bewußtsein gehabt haben, daß das Ritter-Telegramm noch ein Geheimdokument ist. Nach Veröffentlichung des Urteils, daß der Ministerpräsident das Ritter-Telegramm gekannt hat und daß Fehrenbach es nur von einem Beamten haben kann, zumal festgestellt ist, daß Eisner die Veröffentlichung des Telegramms wollte. Fehrenbach konnte sich auch nach dem Urteil erster Instanz im Reichsgericht, höchstens als Richter über Geisler in Frage kommen. Eine harrische Justiz hat überdies nachgewiesen, daß die Handlung Fehrenbachs schon am 13. Mai 1921 verurteilt war, also bevor das Verfahren gegen ihn eröffnet wurde. Das ist eine erschütterliche Ungehörlichkeit. Wenn man das Urteil hier empfängt man den Eindruck, als ob es die Aufgabe des Reichsgerichts sei, Geheimorganisationen von Spindel zu Spindel zu läutern. Das Urteil konstatiert Landesverrat, weil die Geheimhaltung vor Mitteilungen über die

Klärung herbeizuföhren hat, fast, wie man uns mitteilt, auf dringlichen Wunsch der Arbeitnehmer schon am Dienstag nachmittags 3 Uhr. Die Arbeitnehmer verlangen, daß unter allen Umständen eine rasche Erledigung der Frage der wertbeständigen Löhne endlich erfolgt. Die breiten Massen verlangen es einfach nicht länger, daß sie dauernd mit Debatte und Reden und Kommissionen geföhrt werden, während ihr Lebensunterhalt immer von neuem davonläuft. Die offizielle Mitteilung ist in ihrem zweiten Teile ebenfalls unklar. Zur Erklärung sei bemerkt, daß das Reichsstatistische Amt bisher schon fortwährend einen Wochenindex berechnet hat, er beruht auf Erhebungen, die jeweils Mittwochs vorgenommen werden. Seine Veröffentlichung erfolgt immer am Sonnabend; er wird deshalb, wenn auf seiner Basis die Wochenlöhne berechnet werden, immer rund zehn Tage hinter dem Lohntag liegen, wobei noch nicht berücksichtigt ist, daß der Lohn, wenn er auch am Freitag ausgezahlt ist, die Erfindungsgrundlage für die kommende Woche bilden soll. Um diese Mängel zu beheben, ist Klarheit dahin geschaffen worden, daß in Zukunft Montag und Dienstag als Stichtag genommen und Mittwochs der Wochenindex veröffentlicht wird. Er wird sich dann bei der Lohnzahlung am Freitag der gleichen Woche schon auswirken haben. Gegen diese Regelung erheben die Unternehmer bisher noch technische Bedenken. Von Arbeitnehmern wird als klar angenommen, daß sie zu zerstreuen sind. — Es ist also damit zu rechnen, daß wir schon in den nächsten Tagen vom Reichsstatistischen Amt eine Wochenziffer erhalten.

Überdies ist von den Arbeitnehmern aller Richtungen eine kleine Kommission ernannt worden, die sich im Bedarfsfalle in Fragen des Index mit dem Reichsstatistischen Amt in Verbindung setzen wird. Die rechnerische Erledigung und die statistische Durcharbeitung des Index bleibt nach wie vor dem Reichsstatistischen Amt überlassen. In die Kommission sollen auch einige Arbeitgeber eintreten.

Der Umsturz in Bulgarien.

(Von unserem bulgarischen Korrespondenten.)

Durch einen Umsturz der Offiziere und Referatsoffiziere ist in der Nacht zum 2. Juni die Regierung der Landwirtpartei, richtiger die Diktatur des Jahres der „Sembledzi“, Stambulistski, gestürzt worden. In dem neuen bulgarischen Kabinett, dessen mittlere Stelle Stambulistski selbst einnahm, sind drei Ministerposten mit ehemaligen Offizieren besetzt wurden, und außer den Kommandanten und der gestürzten Regierung alle Parteien des Landes beteiligt. Dieses Kabinett, das von der Regierung, den Anhängern des Kriegerrückwärtigen Radostow, aber den aus zwei Parteien bestehenden bürgerlichen „Einheitsblock“ bis zu den Sozialdemokraten reicht, stellt so eine „große Koalition“ im wahren Sinne des Wortes dar. Es ist eine „große Koalition“ mit all den inneren Widersprüchen des Zusammenhalts; es ist eine „große Koalition“ einer Regierung nach als Oppositions- und Reaktions-

reichsgegnlich verbotenen Geheimorganisationen im Reichsinteresse gebildet worden ist. Nach dieser Theorie gehört aber auch Luden, doch ins Zuchthaus. Die Beratung des Reichsgerichts auf das Gutachten des Sachverständigen Dr. Thimm ist völlig unhaltbar; denn dieses Gutachten läuft darauf hinaus, daß Fehrenbach durch sein Tun die Landesinteressen eher gefördert als geschädigt habe. Prinz Hohenzollern stellt den Fall Fehrenbach in Parallele zum Fall Drenth. Die Volksgerichte, gegen deren Urteil, es keine Berufung gibt, sind unvereinbar mit der Reichsverfassung, denn sie entscheiden über elementarsten Rechtsgrundsätzen. Die harrische Regierung will sie ja auch aufheben, sobald die Justizreform in Kraft tritt. Aber wann wird das sein? Jemandem muß ein Minderanzahlverfahren ermöglicht und Fehrenbach einwilligen selbst aus dem Zuchthaus entlassen werden. Die Reichsregierung fordert ist dringend auf, ihren ganzen Einfluß in diesem Sinne auszuüben. Der Wiederaufbau Deutschlands erfordert auch eine vertrauenswürdige Rechtspflege. Möge die Reichsregierung bedenken, daß es hier nicht bloß um Reichsinteressen geht; es geht um mehr, es geht um Deutschlands Ehre! (Lebh. Beifall bei den So.)

Nach Beantwortung der Interpellation gibt der harrische Geisler v. Bregger namens seiner Regierung die Erklärung ab, daß die Nichtigkeit des Urteils einer gründlichen Prüfung unterzogen wird, wenn ein Begründungsantrag Fehrenbachs vorliegt. Dann wird auch Gelegenheit sein, die gesamten Rechtsgrundlagen des Urteils und die rechtlichen Einwände und Bedenken eingehend nachzuprüfen. Die harrische Staatsregierung beabsichtigt, im Falle eines Begründungsantrages ein Rechtsgutachten des harrischen Oberlandesgerichts über die gesamten Fragen des Urteils eingehalten. Dieses Rechtsgutachten wird die harrische Regierung ihrer Entscheidung zugrunde legen. (Lebh. Zustimmung links.) — Zur Beantwortung der Interpellation ergreift dann Reichsjustizminister Dr. Heine das Wort: Es ist eine außerordentlich schwierige Sache, eine Angelegenheit von der Bedeutung des Urteils gegen Fehrenbach hier im Plenum zu verhandeln. (Lebh. Zustimmung links.) Ich sehe in, daß das Urteil, das außerordentlich schwierig ist, zu zahlreichen Zweifeln Anlaß gibt. (Hört, hört! links.) Die harrische Regierung hat erklärt, daß sie das Urteil einer Nachprüfung durch das harrische Oberste Landesgericht unterziehen lassen wollte, und daß sie die Konsequenzen aus dieser Nachprüfung ziehen werde. Ich glaube, das ist ein Weg, der beschritten werden kann, denn durch Parlamentsbeschlüsse lassen sich so komplizierte Dinge unter keinen Umständen lösen. Es sind hier im einzelnen Zweifel an dem Urteil vorgebracht worden, die gewiß berechtigt sind, aber man muß den ganzen Tatsachenkomplex berücksichtigen. Daß die Veröffentlichung dieser Schriftstücke ausreicht in Frankreich gerichtet hat, kann nicht bezweifelt werden. Man kann nicht auf Grund von Teilen des Urteils zu gegenteiligen Feststellungen kommen. Ich muß eine solche scharfe Kritik an einem Urteil, das nach bestem Wissen und Gewissen ergangen ist, ablehnen. Für mich steht fest, daß nach der Reichsverfassung die harrischen Volksgerichte zu Recht bestehen. (Lebh. Bewegung links, Rufe: Hört, hört!) Zur Frage der Verjährung nach dem Preßgesetz meint die große Mehrzahl der Literatur, daß das Diktat verjährt sei; es gibt aber auch gegenteilige Stimmen. Ich selbst neige zur Anerkennung der Verjährung. Wir können für den Vorschlag der harrischen Regierung dankbar sein. Ich bitte deshalb, das Gutachten des harrischen Oberlandesgerichts abzuwarten.

Auf Antrag Müller-Franken (So.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten. — Hg. Emminger (Bayr. Volksp.): Es geht nicht an, daß ein Parlament sich als Berufungsinstanz über ein Gerichtsurteil konstituiert. Selten ist ein Urteil so gut ausgearbeitet worden, wie dieses Fehrenbach-Urteil. (Lachen links.) Die Rechtsbeständigkeit der Volksgerichte steht fest. Daß die Kurie durch die Veröffentlichung des Telegramms schwer geschädigt werden mußte, kann nur vorübergehend sein. Die Parteimeinung für Fehrenbach scheint mir durchaus merklich begründet. Über das heute vorgebrachte Material reicht nicht im geringsten aus, um das Urteil zu erschüttern.

Die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation wird auf Dienstag 2 Uhr vertagt. — Schluß nach 7 Uhr.

tionsergebnung gegen einen gemeinsamen Gegner; es ist eine „große Koalition“ wohl schließlich auch wegen der Tragwürdigkeit der zukünftigen gemeinsamen Zielsetzung, wegen der Tragwürdigkeit einer dauernden großen politischen Linie — „große Koalition“ als Kompromißprodukt gemeinsamer Not, „große Koalition“ mit all der Unsicherheit gegenseitigen Mißtrauens.

Für uns ist die Frage der Stellung der Sozialdemokratie in diesem Kabinett interessant, wenn wir auch eingestehen werden, daß die Stimme unserer bulgarischen Genossen nicht ausschlaggebend ist und sein kann in einem Lande, das eine zu 80 Proz. agrarische — und zwar sozial unabhängige — Bevölkerung aufweist. Trotz seiner sich selbst überschlagenden Graubildung und einseitiger Betonung der Bauerninteressen — was auch bemerkt ist, daß es ein Großgrundbesitzerium, die Kapitalistenmacht in der Agrarphase, in Bulgarien nie gegeben hat — lag nämlich in der Linie und der Politik des verhassten Stambulistski schließlich doch etwas, was der sozialistischen Linie doch näher kam als die der bürgerlich-städtisch-kapitalistischen Parteien, mit denen sich die sozialdemokratische Partei nun verbündet hat; seine Bestreben, Arbeiter- und Handwerker auszuscheiden, die ursprüngliche, von kapitalistischen Methoden und Umwegen nichts wissende Arbeit hochzuheben und zu bevorzugen, schließlich auch seine Idee der grünen Internationalen.

Was die Sozialdemokratie auf die Seite seiner Gegner trieb, war aber nicht allein die Furchtbarkeit der Methoden und persönlichen Feindschaft und Unduldsamkeit Stambulistski, der selber einmalens den Sozialdemokraten nicht ferngestanden hat und seine Kriegsgegnerhaft bis zum Umsturz 1918 im Gefängnis hängen mußte, war nicht allein die Unterdrückung und Zertrümmerung der Partei durch sein terroristisches Wahlgeläch, das war vor allem seine Einstellung gegenüber dem städtischen Element als solchem. Stambulistski hat die Stadt, die Heimat der Industrie und der Industriearbeiter, mit den grauämsten Mitteln bedrückt, hat die Städter — als die Nichtbauern — mit den schwersten Lasten belastet und gequält, das städtische Element, die Intelligenz, die Advokaten, die Geistlichkeit jagt, unterdrückt, verfolgt und ausgepreßt.

Und so mußten es die Sozialdemokraten als willkommenen Gelegenheit ansehen, jetzt wieder einmal zu Worte zu kommen. Denn anders als in den Ländern des Parlamentarismus, wo die Oppositionsstellung einer kräftigen Partei eine Beteiligung an der politischen Entwicklung keineswegs ausschließt, hat bis jetzt auf dem Balkan nur die Partei politisch etwas für sich zu erwarren, die am Ministerium und am Verwaltungssystem teilnimmt. Die Sozialdemokratische Partei wird jetzt zuerst daran gehen müssen, die Gewerkschaften, die unter Stambulistski Gewalttätigkeit zerfallen sind, wieder aufzurichten und außerdem möglichst stark bei der Reubesetzung der Verwaltungsstellen im ganzen Lande mit ihren Anhängern beteiligt zu werden. Mit der Ernennung des Professor Zankow zum Ministerpräsidenten hat König Boris, der übrigens jenerkreuzt genau so wenig an der Revolution beteiligt gewesen ist, wie etwa sein vertriebener Vater oder gar die deutsche Regierung, zugleich die Auflösung der Sobranje unterzeichnet. Und es ist Aufgäbe des Kabinetts Zankow die Neuwahlen vorzubereiten, die etwa im September zu erwarten sind. — Ob sich allerdings dies Kabinett bis dahin halten wird, vermag heute niemand zu sagen.

Von der Lohntheorie zur Tat!

Von S. Aufhäuser.

Die Erörterung neuer, der Geldentwertung angepasster Lohnmethoden ist in den letzten Wochen und Tagen auffällig in die Breite gegangen. Wenn es nur darauf ankäme, eract wissenschaftlich zu prüfen, welches Indexverfahren den höchsten Grad von Vollkommenheit aufzuweisen hat, dann könnten schließlich diese Untersuchungen auch noch einige Monate fortgesetzt werden. Es kommt aber einzig und allein darauf an, daß so fort etwas geschieht. Die Sicherung der Wertbeständigkeit des Lohnes ist nunmehr aus dem Stadium theoretischer Diskussionen heraus in die Tat umzusetzen. Durch die sachlichen Vorarbeiten ist das Problem durchaus soweit geklärt, daß schon in den ersten Wochen des Monats Juli das neue Lohnsystem verwirklicht werden könnte, wenn bei den Arbeitgebern und auch bei der Reichsregierung der gute Wille vorhanden ist. Sollte er aber fehlen, dann ist es höchste Zeit, die wissenschaftliche Diskussion durch die erforderlichen organisatorischen Mittel für die Durchsetzung notwendiger Forderungen zu ersetzen.

Was hat die Regierung zu tun? Soweit es sich um die allmögliche Veröffentlichung der für einen beweglichen Teuerungsfaktor erforderlichen Messziffern handelt, sind die Vorarbeiten des statistischen Amtes soweit vorgeschritten, daß hier kaum noch Schwierigkeiten bestehen, um schon mit Beginn des Monats Juli den Lebenshaltungsindex in verbesserter und beschleunigter Form zu veröffentlichen. Die weitere Frage, ob die allmögliche Indexziffer der Lebenshaltung mit dem Großhandelsindex kombiniert werden soll, oder eine andere Ergänzung zum Lebenshaltungsindex vorgenommen wird, durch die eine nach der Veröffentlichung noch zu erwartende Teuerung mit berücksichtigt wird, dürfte gleichfalls in den allernächsten Tagen die eine oder andere technische Lösung finden. Damit muß aber dann zunächst diese Indexdiskussion ihren Abschluß finden.

Von der Regierung muß weiter ermartet werden, daß sie die Anwendung ihrer amtlichen Indexziffern für die einzelnen Tarifverträge obligatorisch, d. h. durch Gesetz anordnet. Es wird Sache des Reichstags sein müssen, dem Reichskabinett, das sich bisher in allen Tonarten ausgeschwiegen hat, die Zunge zu lösen. Vor allem wird auch der Reichsfinanzminister öffentlich eine kühnliche Erklärung zu geben haben, ob für die Reichsarbeiter und die Beamten das System des wertbeständigen Lohnes eingeführt werden soll oder nicht. Wenn einer seiner Vertreter bei den Vorberatungen erklärt hat, daß die Einführung wertbeständiger Löhne abzulehnen sei, weil sie den Zusammenbruch der Mark mit sich bringe, dann ist die Zeit allmählich zu ernst geworden, um auf solcher Grundfläche noch allzu lange weiter zu verhandeln. Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben keine Lust mehr, bei der Aufrechterhaltung einer fiktiven Währung das alleinige Opfer zu bilden, während im gesamten Kapitalverkehr längst nicht mehr nach Papiermark gerechnet wird. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Betriebe müssen in den nächsten Tagen erfahren, ob das Reich, soweit es Arbeitgeber ist mit gutem Beispiel vorangehen will, oder ob man sich auch in den öffentlichen Betrieben erst durch politischen und gewerkschaftlichen Druck bequemen wird, allmählich in eine Revision „bewährter Grundsätze“ einzutreten.

Was kann die Zentralarbeitsgemeinschaft tun? Die Zahl derer, die noch Hoffnungen auf die Zentralarbeitsgemeinschaft setzen, ist nicht im Wachsen begriffen. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat in den letzten Monaten gerade in der Lohnfrage ihr größtes Misserfolg erlebt. Die Zentralarbeitsgemeinschaft könnte aber in diesem Augenblick, ganz aufgelöst von ihrer ganz umstrittenen historischen Entwicklung, einfach die Aufgabe einer Zentraltarifgemeinschaft übernehmen. Sie müßte die ihr angeschlossenen Organisationen dazu verpflichten, schon vor dem Inkrafttreten einer gesetzlichen Regelung, d. h. sofort die Anwendung des neuen amtlichen Index durch besondere

Klauseln in allen jetzt abzuschließenden Tarifverträgen sichern. Es kann aber nicht ihre Aufgabe sein, sich etwa in den Dienst jener spekulativ eingestellten Händlerkreise zu stellen, die sich bemühen, für die neue Verregelung irgendeinen Deklar- oder Gelbinder ansündig zu machen, damit auch bei dieser Gelegenheit wieder einmal gespielt und am Arbeitslohn gewonnen werden kann.

Eine Entspannung der Lage könnte die Zentralarbeitsgemeinschaft aber nur erleichtern, wenn sie statt des Aufklärungs aller möglichen technischen Schwierigkeiten mit der deutschen Arbeiterschaft sonst nachgerühmten Fixität ein Zentralabkommen für die sofortige und einheitliche allgemeine Einführung der erwähnten Indexklausel herausbrächte. Als reiner Diskussionsklub würde die Zentralarbeitsgemeinschaft existieren können.

Was wird von den Gewerkschaften verlangt? Die Spitzengewerkschaften haben, obwohl die Lohnbewegung vorwiegend Angelegenheit der einzelnen Berufsverbände ist, nach dem letzten katastrophalen Marschzug eingegriffen und innerhalb ganz kurzer Zeit die umfangreichen Vorarbeiten für die Einführung des neuen Lohnsystems geleistet. Das System des wertbeständigen Lohnes würde die Funktionäre und die Mitgliedschaften von all jener zeit- und kraftraubenden Tarifarbeit befreien, die heute ausschließlich geleistet wird, um hinter der rasenden Geldentwertung einherzulauern. Die formelle Trennung des Arbeitseinkommens in Grundlohn und beweglichen Teuerungsfaktor macht uns die Hände und die Kräfte erst wieder frei, um überhaupt den Kampf um die Steigerung des Reallohnes und seine etappenweise Annäherung an den Friedensreallohn wieder aufnehmen zu können. Die Spitzengewerkschaften werden die Schaffung eines brauchbaren Index und die Sicherung seiner Anwendung auf gesetzlichem Wege oder durch zentrales Abkommen gewährleisten können.

Jetzt aber ist es Aufgabe aller der Stellen in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, die unmittelbar Träger der Tarifverhandlungen sind, im Rahmen dieser gefundenen Regeln die praktische Verwirklichung innerhalb der einzelnen Berufs- und Industrien in Angriff zu nehmen. Wir müssen nicht, wenn die Widerstände gegen einen gesetzlichen Anwendungszwang des Index für die Tarife überwunden sein werden, und wir brauchen schließlich auch die Gesetzgebung nicht abzuwarten. Die Widerstände im Parlament sind in demselben Maße zu überwinden, in dem es den Gewerkschaften gelingt, draußen in der tariflichen Regelung das neue System zur Geltung zu bringen. Es sollte deshalb für die gesamte gewerkschaftliche Tarifbewegung nur noch eine Parole geben: „Anfangen!“

All den Volksbeglückern und Parolenkünstlern, die auch in diesem ersten Augenblick immer noch Zeit haben, täglich neue Ziele aufzuzeigen, anstatt jetzt die gesamte Bewegung auf den einen Punkt des neuen Lohnsystems zu konzentrieren, möchten wir aber zurufen: „Wir bitten um Schluß der Debatte!“

Devisen-Kurse.

Berlin, 3. Juli.

Amstliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	2. Juli.	30. Juni.
Amsterdam	1 fl. 62948,50	60348,50
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 8054,50	8054,50
Kristiania	1 Kr. 25935, —	25336,50
Kopenhagen	1 Kr. 27930, —	27281,50
Stockholm	1 Kr. 42094,50	40797,50
Helsingfors	1 Finn. Mk. 4989, —	4249, —
Rom	1 Lire 6962,50	6875,50
London	1 £ 728175, —	708225, —
Newyork	1 Dollar 158600, —	154113, —
Paris	1 Frs. 9501, —	9501, —
Zürich	1 Frs. 28079,50	27431, —
Madrid	1 Pessetas 25642, —	22643, —
Wien	100 Kr. 229,42	222,40
Prag	1 Kr. 4817,50	4658, —
Budapest	100 Kr. 18,75	17,70

Was macht der Soldatenschinder?

Wir lesen im „Vorwärts“:

Vor kurzem haben wir schon darauf hingewiesen, daß der frühere Oberleutnant der Reserve Hiller, der während des Krieges in den Winterkämpfen der Karpaten den Soldaten Helmhake buchstäblich zu Tode gemartert hatte und deshalb zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, bis heute diese Strafe noch nicht angetreten hat. Seitdem sind wieder zwei Wochen vergangen, aber das preussische Justizministerium hat sich bis heute nicht bewegen lassen, auf jene nachdrückliche Anfrage in der Öffentlichkeit sich zu äußern, und der verkommene Menschenschinder Hiller genickt anscheinend nach wie vor die Freiheit.

Aber auch ein anderer Fall scheint sich zum vollendeten Justizskandal auszuwickeln: die Angelegenheit des schicksaligen Herrn von Behow, v. A. h. n. Die Potsdamer Strafkammer hatte es Anfang Juni fertiggebracht, die Einleitung des Samowertfahrens gegen Käthe wegen Ermordung eines jüdischen Einwohners von Glinow auf keinem Grund und Boden abzuschließen. Der Staatsanwalt kündigte allerdings gleich darauf an, daß er gegen diesen merkwürdigen Beschluß der Potsdamer Richter Beschwerde einreichen werde. Seitdem hat man nichts mehr gehört von dem Fall Käthe. Wir möchten daher auch hier an das preussische Justizministerium die Frage richten: Ist diese Beschwerde erfolgt, und welchen Standpunkt hat die vorgelegte Beschwerde eingenommen? Hält es das Justizministerium nicht für nötig, in diesen beiden Fällen recht dem Rechten zu sehen, wie es dringend geboten erscheint, und dem Volkswort etwas mehr Richtung zu tragen, als die preussische Justiz bisher zu tun beliebt? Oder fällt man sich auch in der Republik darüber ein?

Ein „baurisches“ Urteil.

S.P.D. München, 30. Juni. (Eig. Drahtber.)

Die Reichsregierung des Verlags der „Münchener Post“ gegen das fünfjährige Verbot (5. bis 10. Juni 1923) ist heute vom Oberlandesgericht abgewiesen worden. Bei dieser Entscheidung hat sich das Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß in dem gegebenen Falle die Voraussetzungen für die Anwendung des § 1 der Verbotserordnung gegeben sind, d. h. die Verurteilung eines Tiers über die strafbaren Rüstungen und Mobilisierungen der Reichswehr in Bayern werden als eine Verletzung der als Franzosen betrachtet. Das ist um so bedauerlicher, als die Verurteilung in Bayern vorher in einer anderen Verurteilung ebenfalls waren, dem Auslande als durch die Verurteilung der „Münchener Post“ gar nichts neues gesagt wurde.

Die Solatenkronen.

S.P.D. München, 30. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der politische Werd an dem Ende des Monats sehr seiner Aufmerksamkeit entgegen. Jetzt ist der bekannte Dr. Ruge neuer dem Verdacht der Antistellung des Monats verhaftet worden. Dieser Gang der Dinge muß erwartet werden, nachdem durch den Julius-Machhaus-Prozess bekannt geworden ist, daß Ruge kurz vor seiner Ermordung Privatsekretär des Ruge war, in einer Zeit, in der dieser alle Vorbereitungen für seine „Täter“ traf, nach dem Mörder, wie er unter dem Namen „Geheimrat Ruge“ seinerzeit in Oberbayern eine Organisation zur Schaffung militärischer Persönlichkeiten einrichtet hatte. Die Polizei verweigert einstweilen noch Auskunft über die Verhaftung des Dr. Ruge.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Wirtschaft Lübeck und Justiz Dr. Hermann Bauer; für Industrie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Mener & Co., sämtlich in Lübeck.

Korpulenz ist ungesund

und ungesund. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Solubla-Kerne zu kaufen, die wirksam, völlig unbedenklich, fettreduzierende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie 3mal täglich 1-2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Menstr. 10. (3079)

Drei Soldaten.

Roman von Konrad Basso.

Aus dem amerikanischen Manuskript übersezt von Julian Gumpertz. (Nachdruck verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

37. Fortsetzung.

Christfield legte sich in einen trockenen Graben und döste, mit dem Kopf auf seinem Gepäc. Rings um ihn herum lagerten sich andere Männer. Jemandem hatte seinen Kopf auf Christfields Bein gelegt. Der Lärm hatte ein wenig nachgelassen. Durch seinen Halbblut hindurch konnte er die Männer sprechen hören, leise, als ob sie Zucht hätten, laut zu reden; auf der Straße riefen die Führer der Motowagen sich schrill an. Die Wagen hörten auf zu fahren; es wurde so still, daß Christfield in Schlaf fiel. Jemand etwas weckte ihn; heißer Dampf und Schreien. Einen Augenblick dachte er, man habe ihn allein gefangen, die Kompanie sei schon weitermarchiert. Ueber ihm war ein Surren, wie von gigantischen Mottos, das immer stärker anschwellte. Er hörte die Stimme des Leutnants schreien: „Sergeant Higgins! Sergeant Higgins!“ Der Leutnant stand plötzlich schwarz ab vor einem Flammentuch. Christfield konnte seine Mütze sehen und seinen heiß absteckenden Kopf. Er wurde von der Explosion geschüttelt. Dann war alles wieder schwarz, Christfield stand auf; seine Ohren dröhnten. Die Kolonne marschierte wieder vorwärts, und er hörte Stöhnen in der Dunkelheit. Das Getrampel der Mütze und das Geräusch der Ausrüstungsgegenstände ließ seinen anderen Laut aufkommen. Er fühlte, wie seine Schultern wund wurden unter dem Zug des Gepäcs. Dann und wann zeigte ihm der Schein der hinter ihm fliegenden Aeroplomben verstreute Luftkrafwagen auf der Seite der Straße. Jemandem ratterte ein Maschinengewehr. Aber die Kolonne marschierte vorwärts, erwidert von dem Gepäc und von der tödenden Spannung.

Die Dunkelheit war hell wie im Gewittersturm. Langsam überwand sie der graue Morgen. Christfield hörte auf zu marschieren. Seine Augenlider flackten, als ob die Augenlider flammend heiß seien. Er konnte seine Beine und Füße nicht fühlen. Die Kanonen dröhnten ununterbrochen weiter, wie ein Hammer, der ihm ewig auf den Kopf schlug. Er ging langsam weiter, dann und wann stolperte er gegen seinen Vordermann. Erde war auf beiden Seiten. Plötzlich stolperte er ein paar Treppen hinunter in einen Graben, wo es ganz schwarz war. Ein unbekannter Geruch kam ihm entgegen und verurteilte ein Unwohlsein, doch seine Gedanken schienen ihn aus einer ungeheuren Entfernung zu erreichen. Er lag den Wall hinauf. Seine Knie schlugen gegen eine Schlammrinne mit Bettwärmern darin. In der nächsten Sekunde sank er auf das Bett in tiefen Schlaf.

Als er aufwachte, war sein Bewußtsein sehr klar. Das Dach des Unterlandes war aus Holz. Ein heller Fleck in der Ferne war eine Tür. Er blickte verzweifelt und voller Angst, daß er keinen Dienst habe. Er wunderte sich, wo Andy sei. Dann erinnerte er sich, daß Andy ein verrückter Kerl, ein Hecker sei, Judkins hatte ihn doch so genannt. Er setzte sich mit Mühe auf, zog die Schuhe aus und wickelte sich in die Decke. Rings um ihn er-

hante Schnarchen und das tiefe Amen schlafender Menschen. Er schloß die Augen.

Er stand vor einem Kriegsgericht. Er stand mit den Händen an den Seiten vor drei Offizieren an einem Tisch. Alle drei hatten dieselben weißen Gefächter mit schweren blauen Unterleibern und Augenbrauen, die über der Nase zusammentrafen. Sie saßen laut aus Papieren vor, aber obwohl er keine Ohren anstrengte, konnte er nicht hören, was sie sagten. Alles, was er hören konnte, war ein schwaches Stöhnen. Jemand etwas hatte einen unbekanntem, seltamen Geruch, der ihn störte. Er konnte nicht ruhig strammstehen, obwohl die wütenden Augen der Offiziere ihn von überall her anstarrten.

„Sergeant Anderson, was ist das für ein Geruch?“ fragte er immer und immer wieder mit verächtlicher, weinerlicher Stimme. „Sag mir doch, was das für ein Geruch ist.“ Doch die drei Offiziere vor dem Tisch saßen immer weiter aus ihren Papieren. Das Stöhnen wurde immer lauter und lauter in seinen Ohren, bis es zu einem schrillen Schreien anwuchs. Eine Granate war in seiner Hand. Er zog sie ab und warf sie. Er sah die Uniform des Leutnants vor einem großen, weißen Flammentuch. Jemand etwas sprang ihn an. Er rang um sein Leben mit Anderson, der sich plötzlich in eine Frau mit ungeheuren Brüsten verwandelte. Er erdrückte sie und wandte sich, um sich gegen die drei Offiziere zu wehren, die gegen ihn anstürmten mit ihren festgeschürzten Uniformen, die ihnen immer enger um den Leib wuchsen, bis sie ausfahlen wie Wespen. Dann verdrängte alles, und er wachte auf.

Der seltsame, störende Geruch war immer noch da. Er lag auf der Erde der Lauerstelle, wand sich auf seinem Lager, sein Körper war voller Käse.

„Donnerwetter, ist doch komisch, hier zu sein, wo die Feindes eben raus sind“, hörte er eine Stimme sagen.

„Hall's Maul, wir avancieren!“ kam eine andere Stimme.

„Ach was, avancieren! Haben doch noch überhaupt keinen Deutschen gesehen.“

„Aber ich kann sie riechen“, sagte Christfield und stand plötzlich auf. Sergeant Higgins Gesicht erschien in der Tür.

„Antreten!“ kommandierte er. Dann fügte er mit seiner gewöhnlichen Stimme hinzu:

„Drauf und dran, Kerls!“

Christfield fing sich mit seiner Gamasche in dem Getrüpp am Ende einer Lichtung. Er versuchte durch Hin- und Herreten sein Bein frei zu bekommen. Schließlich gelang es ihm, doch die zerrißene Gamasche schleppte hinterher. Draußen im Sonnenlicht sah er in der Mitte der Lichtung einen Mann neben irgendwas am Boden knien. Ein Deutscher lag dort mit dem Gesicht nach unten und einem roten Loch im Rücken. Der Mann durchsuchte seine Taschen. Er sah auf, in Christfields Gesicht. „Sonderbar“, sagte er.

„Zu welchem Regiment gehörst du, Junge?“

„Hunderteinundvierzig“, sagte der Mann und stand langsam wieder auf.

„Wo zum Teufel sind wir?“

„Wenn ich das wüßte.“

Die Lichtung war menschenleer außer den beiden Amerika-

nern und dem Deutschen mit dem Loch im Rücken. In der Ferne hörten sie die Artillerie und in der Höhe das Put-put einzelner Maschinengewehre. Die Blätter der Büsche in der Nähe mit ihren braunen und rötlichen und gelben Schattungen tanzten im Sonnenlicht.

„Sag mal, das dreißig Geld da ist wohl nichts wert?“ fragte Christfield.

„Deutsches Geld? Ne. Ich habe eine feine Uhr.“

Der Mann zeigte eine goldene Taschenuhr und sah Christfield die ganze Zeit über aus halbgeschlossenen Augen forschend an.

„Ich hab einen, der hatte einen Säckel mit goldenem Größ“, meinte Christfield.

„Wo denn?“

„Oh, da hinten im Wald.“ Er schwenkte die Hand nach.

„Mus meine Kompanie finden. Kommst du mit?“

Christfield setzte sich auf das andere Ende der Lichtung zu in Bewegung.

„Mir geht's hier ganz gut“, sagte der andere und legte sich wieder auf das Gras in die Sonne.

Die Blätter raschelten, als Christfield durch den Wald ging.

Die Einsamkeit erschreckte ihn. Er ging weiter, so schnell er konnte mit seiner Gamasche, die noch immer hinter ihm her schleppte.

Später kam er an eine Wiege, die den Wald gerade durchschneidte, drinnen in einem tiefen Sonnenlicht sah er eine Gestalt, der er sich eilig näherte. Es war ein junger Mann mit rotem Haar und hellem Gesicht. An dem goldenen Abzeichen am Kragen seines Hemdes sah Christfield, daß er einen Leutnant vor sich hatte.

Er hatte keinen Kopf oder Kopfbedeckung, und keine Kleidung war voll grünen Schleimes, als ob er mit dem Saft in einer Dreckschüssel gelegen habe.

„Wo gehen Sie hin?“

„Reiß nicht.“

„Gut, kommen Sie mit.“

Der Leutnant begann, so schnell er konnte weiter zu marschieren und schwang die Arme wild um sich.

„Haben Sie irgendwelche Maschinengewehrreiter gesehen?“

„Nicht ein einziges.“

„Sm.“

Er folgte dem Leutnant, der so schnell ging, daß er fast Schwierigkeiten hatte, mitzukommen.

„Wo ist die Artillerie, das will ich wissen!“ schrie der Leutnant, plötzlich einhaltend und mit der Hand durch sein rotes Haar fahrend. „Wo zum Teufel ist die Artillerie?“ Er sah Christfield wild an aus seinen grünen Augen.

„Hat keinen Sinn, vorwärts zu gehen ohne Artillerie.“ Er begann weiter zu gehen, noch schneller als vorher. Plötzlich sah er vor sich altdarbene Uniformen. Maschinengewehre begannen rings herum in plötzlichen Stößen zu feuern. Christfield bemerkte plötzlich, daß er vorwärts lief über ein Feld voller Stoppeln zwischen einer Gruppe von Männern, die er nicht kannte. Das weitläufige Geräusch klang zusammen mit dem Rattern der Maschinengewehre. Kleine weiße Wolken segelten über den blauen Himmel, und vor ihm war eine Gruppe Häuser, die dieselbe weiße Farbe mit grünen Schatten hatte, wie die Wolken. (Fortsetzung folgt.)

Ämlicher Teil

Der Senat hat dem Kriminalkommissar Rudolf Hanefer und dem Polizeikommissar Christian Spring den Titel „Polizeikommissar“, den Kriminalhauptwachmeister Ludwig Busch, Franz Josten, Heinrich Schulz I, Max Nolt und Oskar Pilsahn sowie den Polizeihauptwachmeister August Gebert, Heinrich Graad, Franz Wojet, Friedrich Neumann, Friedrich Vogelgang, Theodor Dittmar, Wilhelm Kinde, Bernhard Reimann, Max Schmidt, Julius Felske und Ottomar Ernst den Titel „Polizeikommissar“ verliehen. (3681)

Das Gesetz- u. Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 46 vom 3. Juli 1923 enthält: (3700)
 I. Gebührenordnung des Stadt- und Landamtes.
 II. Gebührenordnung der Baupolizei. — Festsetzung des Wertes der Sachbezüge.

Die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise

Betragen für den Verbrauch ab 1. Juli 1923:
 I. 1 cbm Gas Mk. 8080
 II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom 7200
 III. 1 cbm Wasser Kraftstrom 4800

A. in Lübeck:
 1. für Haushaltungszwecke Mk. 1760
 2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbrauch 3520
B. in Travemünde 3520
 IV. Für Wasser nach heizbaren Räumen monatlich:
 1. Häuser mit Leitungen Mk. 2720
 2. Häuser ohne Leitungen 1160

Darnach werden, sofern keine weiteren Kohlenpreiserhöhungen eintreten, für den festgestellten Verbrauch erhoben:

	1. bis 5. 7.	6. bis 14. 7.	15. bis 21. 7.	22. bis 28. 7.
für 1 cbm Gas . . .	1810	2150	2620	2860
1 kw Lichtstrom .	4125	4950	6075	6900
1 kw Kraftstrom .	2650	3300	4050	4600
1 cbm Wasser				
A. in Lübeck:				
für Haushaltungen .	1020	1220	1490	1690
Mehrverbrauch .	2040	2440	2980	3380
B. in Travemünde:				
Wasser nach heizbaren Räumen:				
1. Häuser mit Leitungen	1845	1550	2210	2465
2. ohne	700	825	995	1120

Die Feuerungszugriffe für die Kriegshinterbliebenen werden ab Dienstag, dem 3. Juli, an jedem Nachmittage ab 3 Uhr buchhabenweise geschalt. (3658)

Das Wohlfahrtsamt.

Nichtämlicher Teil

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
 Filiale Lübeck.

Am 22. Juni starb unser Kollege (3695)
Wilhelm Hagen.

Ehre seinem Andenken!
 Beerdigung Mittwoch, den 4. Juli, 9 1/2 Uhr von der Burgon-Kapelle.

Leichte u. große 2-Zimmer-Wohnung am Hafen gegen eine große 3-Zimmerwohnung Holtenor-Süd. Ang. und G 22 an die Exp. d. Bl. (3684)

Junges Ehepaar sucht 1-2 leere Zimmer mit Küchenbenutzung, Coenig, gegen Zufuhrung. Ang. unter G 25 an die Exp. d. Bl. (3685)

Berufst. ja. Ehepaar sucht leer. Zimmer. Ang. und G 21 an die Exp. (3686)

Gute ger. erb. Hotelbau zu kaufen gel. (3687)
 Exp. d. Bl. 22.

Gin a. Stöck. zu verm. (3688) Stadthof, Kohnsöderstr. 115.

Diam. Schreibm. Erde und Kommode zu verm. (3689) Südring 7a.

Gondelmotoren (Singer), 2 große Ölgemälde (Klein, Schindler) und Sand (Loh), Damenbügel (Winter und Sommer), zu verkaufen. (3690) Wakenitzer 4a, II.

Al. eiserner Ofen zu kaufen gesucht. Ang. u. G 24 an die Exp. d. Bl. (3692)

Damen-Fahrrad zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unt. G 23 an die Exp. d. Bl. (3691)

Verloren Hundehalsband mit Steuerzeichen A Nr. 4329. Abzugeben bei H. Hering, Holtenor.

Schwache Nerven

sind d. Grundursachen der meisten Krankheiten. Blutarmut, Herzleiden, Unlust zur Arbeit, nervöse Schwächen, alle Art. nerv. Kopfschmerzen, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerden sollen nur mit **Doppelherz** dem von Ärzten anerkannten Nervenkräftig-Mittel behandelt werden. Allein echt in d. Schützmarke



Sie haben Sie? Dr. J. Vogt, Schönbühl, 1. St. Südring 11. J.J. Strass, Brunsstr. 10

hässliche Gebisse. einzelne Zähne auch ständig Goldschmied **Tollgreve** Königstraße 92 Kostenlose Auskunft.

Felle Haare kaufen laufend

Gebr. Wagner, Tel. 3414, Sandwangsgrube 26, 973, Dörsenstr. 8.

Ad. Hübner Uhrmacher zu kaufen gesucht. Ang. u. G 24 an die Exp. d. Bl. (3693)



Nichts geht

3676) über **Nigrin-Extra** mit Staniolblatt dem weltbekanntesten Schuhputz. Schwarz, braun, gelb u. weiß.

Ehlers & Reetwisch

Holsienstr. 1. St. Petri 2-4.
Herrn- und Damen-Konfektion Schuhwaren.

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf. 1026a

73 Glotengießerstraße 73, die beste Abfallquelle für

Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Alten usw. Sehr günstig für Händler, Schlosser, Klempner und Schmiede. (3547)

Scheuermann, Tel. 8293.

Das auf Parteitagbeschl. angetertigte **Partei-Abzeichen**

in Form einer schmuckvollen metallenen Anstecknadel ist in der Buchhandlung Lübecker Volksbote zu haben. Das Wahrzeichen der Sozialdem. Partei trägt jeder überzeugte Genosse!

Visitenkarten

werden in modernster Ausführung angefertigt bei **Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46**

Sport und Spiel
 Kleidung und Gerüste von Erziehung und zum Vergnügen aller modernen Sportarten.
 Unter Mitwirkung von Sportlehrern herangezogen von **Le. Wilhelm Kander**

Buchhandlung Lübecker Volksbote. Zu beziehen durch die Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Alt-Eisen alle Profilen, Damastst., Art Stab u. Schmiedest., Spines, Schmiedegestrich.
Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zinn, Eisen, Stahl, Blei, Zink, Bronze.
L. Lissianski, Obertrave 19. Großhandel. Fernspr. 876. Neimarkt. 1102

Sonnabend, den 7. Juli abends 7 1/2 Uhr: **Eröffnung im**

Circus

Corty-Althoff mit einem **Sensations-Programm**

22 Nummern 22 ohne Pause **22** **Lübeck**

auf dem Burgfeld. 50 Pferde, 38 Transportwagen, 4000 Personen fassendes Zuschauerzelt.

22 Nummern. 60 möbl. Zimmer für Personal sofort gesucht. Off. a. d. Expedition d. Bl.

3679

Kaufe dauernd Eisen, Metalle, Papier, Flaschen und alle Güter. sowie sämtliche Helle, Tier- und Krotthaare. (3697) S. Kramer, Engelwisch 22. Tel. 1517.

Preussische Klassen-Lotterie-Lose empfehlen

in großer Auswahl **10 000 5 000 2 500 1 250** Mk. zur 1. Kl. am 10. u. 11. Juli.

Die Staatlichen Lotterie-Einnehmer **John Landwehr** Schlüsselbuden 5 Sandstraße 9 **Otto Scharff** Breite Straße 67 Mühlenstr. 35

Beitragsmarken für Vereine, Genossenschaften

fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung **Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.**

Geschäftsbücher Schreibblocks Rechnungsblocks Quittungsblocks Kuverts Klebemarken Garderobenblocks Keilnerbonsbücher Tinte, rot u. schwarz Leim, gute Qualität Bleistifte, Kopierstifte Federn, Federhalter zu haben in der (3276)

Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Prima Kernleder-Sohlen. 26 Beckergarbe 26. (3445)

ZENTRAL THEATER

Fernruf 1359. Johannisstraße 25. Vom 3. bis 9. Juli:

Geheimbundsklaven

Mysteriöses Drama in 5 Akten. Durch die Aufdeckung der Robbach-Feme in Pardin gegenwärtig der aktuellste Film. (3688)

Jim Jeffries

Zweiter und letzter Apachenfilm in 5 Akten

Die Perle des Warenhauses

Burleske in 2 Akten

Saischluss. Jeden Mittwoch u. Freitag **Sangfängerchen**

Kolossum Gross-Ball

Morgen Mittwoch

Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. (3675) Joh. und R. Mittag.

Verband d. Maler. (3694)

General-Versammlung

am Mittwoch, d. 4. Juli abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Das neue Lohnabkommen. 3. Bericht von der Generalversammlung in Sena. 4. Verschiedenes. Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck 3687

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 4. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale F. Lender, Hundestraße. Tagesordnung: 1) Bericht von den Bezirksberhandlungen. 2) Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck

Berufung

der **Arbeitsgemeinschaft** am Mittwoch, 4. Juli, abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Bericht über die Lohnbewegung. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Verkehrsbund

Ortsverwaltung Lübeck. (3690)

Versammlung der Hausdiener

am Mittwoch, d. 4. Juli abends 6 1/2 Uhr, der Kohlenplah-arbeiter

Versammlung der Hausdiener

am Mittwoch, d. 4. Juli abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tages-Ordnung: Bericht der Lohnkommission Die Ortsverwaltung.

Trocadero.

Schüsselbud. 4. F. 787 Täglich ab 5 Uhr nachmittags: **Stimmungs-Sonette.** (3696)

Hansa-Theater.

Heute Dienstag und folgende Tage 8 Uhr: (3678) Der große Erfolg

Bummelstudenten.

Losse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern. Herrn. Wiannenschmidt - Emil von Dollen.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 3. Juli.

Der Arbeiter.

Erst wenn die Welt dich und dein versteht,
Bist du erlöst, es kommt dein Tag Prolet.

Der in den Fabriken an den Drehbänken steht Tag für Tag,
den Hebel vor und rückwärts reißt, vor und zurück, vor und zurück,
immer denselben Hebel, bis er nur noch Hand ist die vor und zu-
rückreißt, Hebel den vor und zurückschlägt:

Das ist der Arbeiter.
Der in den Schmieden an den großen Dampfhammern steht,
klein, zusammengedrückt, nach dem fallenden Hammer stiert, immer
nur Klöße unterschiebt, hellglühende Klöße und der Hammer
schlägt, schlägt, schlägt, schlägt, schlägt, schlägt, schlägt, schlägt,
schlägt, jeden Tag, Jahr für Jahr ein ganzes Leben:

Das ist der Arbeiter.
Der in die Gruben fährt, schief, vornübergebeugt, verkrüppelt
300, 500, 600, 700, 800, 900, 1000 Meter immer nur Kohle hakt,
jeden Tag gebeugt, krumm, auf dem Rücken, auf dem Bauch,
immer nur hakt, hakt, hakt, hakt, der Großvater, der Vater,
der Sohn, drei Generationen:

Das ist der Arbeiter.
Der an den Schächten steht, der sein ganzes Leben nur Ziegel-
steine trägt, der immer runde, freisrunde Löcher bohrt, bohrt,
bohrt, bohrt, der Meilen in Ressel schlägt, immer nur Meilen, der
in Kontoren schreibt, schreibt, schreibt, sein ganzes Leben nur
schauft, schauft, schauft, bis er sich selber aufschauft:

Der, der von seiner Arbeit gefressen wird —
Das ist der Arbeiter.
Und der dafür in den Hinterhöfen der Großstädte, in
Kellerhöfen und Manjarden kauft, arm, verkümmert, hungrig,
dem man in den Mietkassernen und in Häuserblöcken einperert,
wo er mit Frau und Kindern zu viert, zu sechs, zu acht, zu
zehnt, zu zwölft in ein oder zwei Zimmern:

Das ist der Arbeiter.
Und der trotzdem jeden Morgen, jeden Mittag, jeden Mor-
gen, jeden Mittag, sein ganzes Leben, wieder an seine Arbeit
kam, Hebel rief, Platten schob, Kohlen hakte, Steine trug, bohrt,
schrieb, schaufelte:

Das ist der Arbeiter.
Der aber nun endlich leben will, aufbricht, um sich aus seiner
lebenslänglichen Zwangsarbeit zu befreien, der sich schüttelt, sich
seiner Kraft und seines Menschseins bewußt, und über den des-
wegen die übrige menschliche Gesellschaft herfällt und sich be-
leidigt fühlt, weil dadurch die Arbeit gerechter verteilt und be-
sonders der Lohn gerechter ausgeben werden könnte:

Das ist der Arbeiter. Kurt Akaber.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden
Montag, 9. Juli, statt.

Vertretung im Senat. Die Geschäfte des Polizeiherrn
hat während der Abwesenheit des Herrn Senator Mehrlein Herr
Senator Friedrich und den Vorsitz in der Behörde für das
Feuerlöschwesen Herr Senator Bromme übernommen.
Während der Abwesenheit der gleichzeitigen Ab-
wesenheit der Senatoren Herren Dr. Stoffs und Mehrlein dem
Denkmalrat beigeordnet und ihm darin der Vorsitz übertragen.

Fälligkeit festgestellt wurde gestern in unserem Bericht über den
Autounfall eine schwer verletzte Frau. Wie uns mitgeteilt
wird, ist das Befinden der Frau (Dich) den Umständen nach befrie-
digend und es besteht die Zuversicht, daß sie am Leben erhalten
bleibt.

Die Leuzungszuschläge für die Kriegshinterbliebenen werden
jeden Nachmittag von 3 Uhr ab ausgezahlt. (S. Inf.)

Frauenzulage zum Reichsversorgungsgesetz erhalten zu Ihren
Versorgungsgebühren ab 1. 1. 1923 die verheirateten Schwer-
behinderten und die verheirateten Kapitulanten, die eine Dienst-
zeit von mindestens 50 v. H. der Vollrente beziehen. Diese
Frauenzulage kann vom Versorgungsamt Lübeck bei der
vorzunehmenden Umrechnung der Versorgungsgebühren nur
dann berücksichtigt werden, wenn der Versorgungsberechtignte den
Nachweis erbringt, daß er verheiratet ist und daß seine Frau lebt.
Es wird daher empfohlen, daß die in Betracht kommenden Per-
sonen eine solche Bescheinigung sofort anzufragen dem Ver-
sorgungsamt Lübeck einreichen. Dies aber eine solche Bescheinigung
bei der Umrechnung der Versorgungsgebühren nicht vor, dann
bleibt die Frauenzulage zunächst unberücksichtigt und kann erst
später nachgezahlt werden. Bescheinigung in einfacher Form auf
Bestkarte in nachstehendem Muster genügt:

(Ort) (Datum)
Ich bin seit verheiratet. Meine Frau lebt.
(Vor- und Zuname)
(deutsch schreiben)
Die Richtigkeit bescheinigt: Stammkarte Nr.
(Dienststempel) Geschäftszettel Nr.
(Name)

Dienststellung.
Die Richtigkeit kann von jeder Zivil- oder Militärbehörde
und von jeder Person, die ein öffentliches Siegel führt, bescheinigt
werden.

Wat de Buren leggen! Eine Leserin unseres Blattes
schreibt uns: In meiner Heimat im Hannoverischen war ich dieser
Tage Zeuge eines Gespräches zwischen zwei Bauern. Der eine
hatte einige Zentner Korn verkauft, worauf der andere meinte,
das täte er nicht. Er habe Korn von 2 Jahren liegen und würde
sich einen Speicher dazu bauen, denn das Geld für den Hausstand
brächte die Milchwirtschaft, Lohn für die Leute und was sonst noch
nötig wäre käme aus dem Viehverkauf. Als er meinte ich ja verrückt
sein, wenn er sein schönes Korn für dreifaches Papier geben würde,
da läche ihn ja das ganze Dorf aus. Als ich ihn auf seine
Pflicht der Allgemeinheit gegenüber aufmerksam machte, meinte er:
kaputt gar wie doch und Korn is Korn un mit dat Papier
kannst du den — wischen. Als ich fragte, ob er denn auch seine
Kartoffeln in Weckbäckern einlegte, meinte er lachend: nun hier
ener die Stadtlid an, die Schwin willt doch of fräten, und de
Herd frät of girn Tuffeln, denn sport er doch denn Haver. A. A.

300 bis 400 Prozent Tarifierhöhung — ein Erfolg der Organi-
sation. Vom Zentralverband der Angestellten, Gau Schleswig-
Holstein wird uns geschrieben: Einen schönen Erfolg als Beweis
einer straffen Organisation auch der Lehrlinge und jugendlichen
Angestellten konnte im vorigen Monat unsere Hamburger Orts-
und Jugendgruppe buchen. In einer öffentlichen Lehrlingsver-
sammlung in Hamburg Gewerkschaftshaus hatte man sich mit der
Entlohnung der Lehrlinge und jugendlichen während der letzten
Monate beschäftigt und dabei festgestellt, daß deren Entlohnung
mehr als bei anderen Gruppen weit hinter der Tendenz zurück-
geblieben ist und endlich die Gefahr bestand, daß bei den darge-
legten Entschädigungsansprüchen das Lehrlingswesen überhaupt ge-

fährdet war. Es wurde auch festgestellt, daß der staatliche Schlich-
tungsanspruch dieser Entlohnung noch dadurch Vorzug leistete,
daß er systematisch den Lehrlingen und Jugendlichen geringere Er-
höhungen als den übrigen Arbeitnehmergruppen zuwandte. Die
von der obigen Versammlung geforderten Maßnahmen wurden
von allen Fachgruppen als berechtigt anerkannt. Die Kollegen-
schaft setzte sich erfreulicherweise für diese Forderungen ein. Der
Erfolg der Bemühungen war, daß den Lehrlingen des Textil-
Kleinhandels für den Monat Juni eine Erhöhung ihrer Bezüge
um 300—400 Prozent zugesprochen wurde, während die übrigen
Arbeitnehmergruppen nur Erhöhungen von 150—165 Prozent er-
hielten. Dieser Erfolg war nur möglich durch die fast restlose
Organisierung auch der Lehrlinge und jugendlichen Angestellten
im Zentralverband der Angestellten und die tätige Mitarbeit auch
der Jugenmitglieder in den einzelnen Fachgruppen und dürfte
auch die noch indifferenteren Berufskollegeninnen und -kollegen zur
eifrigsten Mitarbeit anspornen.

An die Ortsvereine der Arbeiterjugend!

Zum Reichsjugendtag in Nürnberg müssen alle Teilnehmer,
um in den Genuß der Fahrpreismäßigung zu kommen, bis
spätestens Freitag, den 6. Juli, beim Bezirksvorstand an-
gemeldet sein. Die Teilnehmer werden in Gruppen von 10—15
Genossen zusammengestellt, um eine möglichst gute Ausnutzung der
Fahrpreismäßigung zu erzielen. Im nächsten Mitteilungsblatt
werden die Treffpunkte der Gruppen bekanntgegeben. Eine Fahr-
preismäßigung ist dann von diesen Orten einzureichen.

Bezirksvorstand der sozialistischen Arbeiterjugend
Mecklenburg-Lübeck.
J. A. Willi Jaffe.

Erneute Gaspreiserhöhung.

Infolge der am 1. Juli eingetretenen Frachtpreiserhöhung
um 200 Prozent ist eine weitere Steigerung der Gas-, Strom- und
Wasserpresse unumgänglich. Die aus der heutigen Bekannt-
machung der städtischen Betriebe ersichtlichen neuen Preise treten
aber erst allmählich in Wirkung und zwar werden für 1 Kubik-
meter Gas erhoben in der Zeit vom 1. bis 5. Juli 1810 Mt., vom
6. bis 14. Juli 2150 Mt., vom 15. bis 21. Juli 2620 Mt. und
vom 22. bis 28. Juli 2960 Mt. Erst in den darauffolgenden
Wochen kommt der volle Preis von 3080 Mt. zur Berechnung,
während Hamburg bereits für den Juni-Verbrauch einen Gaspreis
von 3500 Mt. erhebt.

Schwurgericht.

Unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Schrader be-
gann am Montag, dem 1. Juli, die diesjährige Schwurgerichts-
periode. Wegen Abtreibung hatten sich die Ehefrauen M.
und J. aus Stems zu verantworten. Die Verhandlung, die unter
Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, war ein grelles Schlag-
licht auf die schwere soziale Not der arbeitenden Bevölkerung.
Die Angeklagte M., die seit 1918 verheiratet ist und kurz nach-
einander vier Kinder zur Welt gebracht hat, versuchte, als sie sich
knad nach der Geburt ihres letzten Kindes wieder schwanger
fühlte, sich der Frucht zu entledigen. Dabei hat sie die Hilfe der
Ehefrau J. in Anspruch genommen. Von dieser wurde Frau M.
wohl auf das Angeleglichste ihrer Handlungsweise aufmerksam ge-
macht, der wirtschaftliche Druck, der auf der beklagten werten Frau
lastete, war jedoch stärker als alle Bedenken. So hat sie sich nach
dem Buchstaben des Gesetzes vergangen. Der Erste Staatsanwalt
Dr. Lienua beantragt, die Angeklagte M. in Anbetracht ihrer
hisherigen Unbescholtenheit und unter Würdigung ihrer sozialen
Not zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis zu
verurteilen. Für die Angeklagte J., die der M. gegen Entgelt
beihilflich gewesen sein soll (erwähnt ist daß Frau J., da ihr
Mann arbeitslos war und sie sich in momentaner Geldverlegen-
heit befand, nach der Tat tausend Mark angenommen hat, die Frau
M. ihr für durch den Eingriff verursachte Ausgaben gegeben ha-
ben will) beantragt der Staatsanwalt gleichfalls unter Zubi-
ligung mildernder Umstände die gesetzliche Mindeststrafe von einem
Jahr Zuchthaus. Das Gericht beschließt diesen Anträgen gemäß.
Auf Antrag des Verteidigers, dem sich der Staatsanwalt bedingt
anschließt, wird Frau M. mit einer Bewährungsstrafe von fünf
Jahren bedingt begnadigt. Für Frau J. soll in Anbetracht der
überaus hohen Strafe, die das Gesetz selbst bei mildester Be-
urteilung ihrer Tat vorschreibt, ein Gnadenersuchen an den Senat
gerichtet werden.

Sodann wurde gleichfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit
gegen den früheren Richter, jetzigen Formerlehrer B. aus
Schlutup wegen Notzuchtverfälschung, vorgenommen an der Köhlin
M. aus Schlutup, verhandelt. Der Angeklagte wird zu 6 Mo-
naten Gefängnis verurteilt und gegen eine in Noten zu zahlende
Geldbuße von 1 Million Mark mit einer fünfjährigen Bewährungs-
strafe bedingt begnadigt.

Angehorene Papierpreiserhöhung.

Die neue, hochgehende Leuzungswelle verfehlt auch die
Zeitungen nicht. In den letzten Monaten stiegen die Papierpreise
in ungewöhnlich hohem Maße, ebenso die sonstigen Rohstoffe neben
dem vielen anderen, was die Herstellung einer Tageszeitung ver-
schlingt. Dabei behält sich die Papierindustrie Preisserhöhungen
im Laufe des Monats unter neuen außerordentlich schweren Be-
dingungen vor. Zu dieser ungeheuren Papierverleuerung kommen
die außerordentlichen Steigerungen aller anderen Kosten, vor
allem der Löhne und Gehälter, des gesamten Nachrichtenwesens,
der Telefon- und Telegrammkosten. Der Waggon Zeitungspapier
ist von 25 Millionen auf 71 Millionen erhöht worden. Die
Zeitungen haben deshalb eine ganz gewaltige Erhöhung ihrer
Bezugspreise vornehmen müssen, die das 3—4fache des bisherigen
Preises beträgt. So kosten z. B. die „Hamburger Nachrichten“ für
Juli 58 000 Mt., der „Korrespondent“ 55 000 Mt., das „Fremden-
blatt“ 48 000 Mt., das „Hamburger Echo“ 30 000 Mt. Auch der
„Lübecker Volksbote“ ist gezwungen, eine erhebliche Er-
höhung seines Bezugspreises vorzunehmen. Er beträgt für die
erste Hälfte des Juli 10 000 Mt.

Eine Zeitung ist heute für jedermann unentbehrlich. Und in
jeder Arbeiterfamilie sollte der „Lübecker Volksbote“ zu finden
sein, denn er kämpft lediglich für das Proletariat. Er dient nicht der Bereicherung eines Privatgutes, sondern allein
dem Wohle der Arbeiterklasse. Von Arbeitern für die
Arbeiter gegründet, wird er von der sozialistisch organisierten Ar-
beiterkraft für die arbeitende Bevölkerung herausgegeben.
Wir sind überzeugt, daß die Genossen und sonstigen Leser die
Notwendigkeit der Preisserhöhung einsehen. Sie werden den
„Lübecker Volksbote“ nicht im Stiche lassen. Er ist ihre beste
Waffe. Der für seine Presse kämpft, kämpft für sich selbst. Trotz
des ungeheuren schweren Kampfes, den gerade die sozialdemo-
kratische Presse zu führen hat, wird es ihre ständige Aufgabe sein,
unter Ausnutzung aller Ersparnismöglichkeiten den Preis so nie-
drig wie möglich zu halten. Wir sind überzeugt, daß unsere Ge-
nossen ihrem Blatt in diesen gerade für das Zeitungswesen kata-
strophalen Zeiten mit verstärktem Eifer die Treue halten und ihm
neue Leser zuführen werden.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Hamburg—
Nordamerika. Nach New York: D. Albert Ballin 6. 7.,
D. Reliance 10. 7., D. Thuringia 12. 7., D. Hansa 19. 7., D. Mount
Carroll 21. 7., D. Resolute 24. 7. Nach Boston, Baltimore,
Norfolk: M. S. Rheinland 10. 7., Nach Philadelphia,
Baltimore, Norfolk: D. Hessen 2.—4. 7. Westküste
Nordamerika: ein Dampfer etwa Mitte Juli. Hamburg—
Kuba—Mexiko: D. Solatia 11. 7., D. Schwarzwalb 25. 7.,
D. Toledo 11. 8. Hamburg—Westindien: D. Antiochia
12. 7., D. Halton 27. 7., D. Amalfia 11. 8. Hamburg—Süd-
amerika: Nach Pernambuco, Bahia, Rio de Janeiro und
Santos: D. Liguria 6. 7. Nach Rio de Janeiro und Buenos Aires
D. Galicia 7. 7. Nach Rio de Janeiro, Montevideo und Buenos
Aires: D. Bayern 25. 7. Nach Pernambuco (evtl. Bahia
und Victoria) Rio de Janeiro, Santos und Rosario: D. Niederwalb
4. 8. Nach Montevideo, Buenos Aires und Rosario: D. Darwalb
8. 8. Nach Rio de Janeiro und Buenos Aires: D. Teutonia 16. 8.
Nach Rio de Janeiro und Buenos Aires: D. Baden 1. 9. Ham-
burg—Ostasien: D. Oldenburg 7. 7., engl. D. Kafama 18. 7.,
D. Weier 28. 7.

Die Baupreise-Nichtzahl für Lübeck ist nach einer uns von
der Lübecker Brandkasse gewordenen Mitteilung von 7800 im Juni
auf 21 000 am 1. Juli gestiegen.

Zirkus Corty-Althoff. Einer nach dem andern ging unter uns
von den vielen Zirkussen ein. Es existieren im ganzen Deutschen
Reiche noch drei, an deren Spitze Corty-Althoff steht. Dieses alte
Unternehmen hat es von jeher verstanden, das Publikum durch
ein wirklich erstklassiges Programm, das bei jedesmaliger Wieder-
kehr immer wieder neu war, zu fesseln. Auch in diesem Jahre
bringt Corty-Althoff ein für Lübeck vollständig neues phäno-
menales Reiseprogramm von 22 Nummern nach hier, voran die
erstklassigen Dressuren und die noch nie gesehenen neuen artistischen
Darbietungen, die auch hier wie allerorts das Stadtgespräch bi-
den werden. Trotz der Unpunkt der Zeit bewegen sich die Eintritts-
preise in den Grenzen, die für jedermann zu erschwingen sind.
Der alte Grundsat, Gutes, nicht zu Uebertreffendes zu bieten, bei
kleinen Preisen und durch einen Massenbesuch die horrenden
Kosten zu decken, ist geblieben. Denn nicht Reklame, sondern die
nie gesehene Fülle der großen Programme begründen den Wert-
ruf und den Erfolg von Corty-Althoff. Eröffnung in Lübeck am
Sonnabend, dem 7. Juli auf dem Burgfeld.

wb. Stadthallen-Lichtspiele. Der Menschenfeind, ein
sechsstündiger Film mit viel Aufmachung, prächtigen Photographien,
wunderbaren winterlichen Gebirgslandschaften, erzielt die beab-
sichtigte Wirkung bei den Besuchern. Die ersten Künstler sind
herangezogen. Werner Kraus, Leon Adar, Leopold von Ledeb-
er, Reinhold Schünkel, Wilhelm Diegelmann, G. von Winter-
stein, Dagny Serwaes, Ita Grüning, Margarete Kupfer usw.
Da konnte vorüberhin auf ein erfolgreiches Zusammenstellen gerech-
net werden. Das waren keine Gezeiten, sondern Menschen. Auch
der Text zeigte sorgfältige Überlegung. In den „Sünden
von Gelsen“ mimen Kaiser-Fitz und Jakob Tiedtke im
Kreife Kopenhagener Filmkompieler. Das Vorleben einer
Opernsängerin, die inzwischen Gattin eines bedeutenden Inge-
nieurs geworden ist, bildet den Mittelpunkt der Handlung. Dazu
sind allerlei Hochswelien, Spitzbubenkniffe und Detektivum-
stände gruppiert. Im übrigen schöne Bilder, belebte Photogra-
phie und ein Erfolg technischer Filmmöglichkeiten. Toppel-
paule im Panoptikum war uns schon davon gelaufen.

wb. Sanja-Theater. Bumme! Studenten, eine Posse mit
Gesang und Tanz in 5 Bildern, von Bernauer und Schänzer, kam
am Sonntag bei ausverkauftem Hause mit großem Lacherfolg zur
Ausführung. Die Verfasser haben so ziemlich alles zusammenge-
tragen, was nach der ort- und landesüblichen Auffassung „Stim-
mung“ erzeugen kann. Mit mehr oder weniger Geschick ist das
in Anlehnung an „Alt-Heidelberg“, „Dreimäderhaus“, „Die
hühnen Linde“ usw., alten Berliner Possen, gelungen. Ganz
hübsche Melodien sind zusammengeheftet. Nur wurden sie von
dem mehr als spärlich besetzten Orchester manchmal zum Gatter-
barmen gespielt. Der arme Kapellmeister Knübel hätte manch-
mal ganz verzweiflungsvoll vom Dirigentenpult nach der Bühne
hinauf. Diese war durch neue Dekorationen ungemein hübsch be-
lebt, wenn sie auch das Materielle vielfach nur andeuteten. Emil
von Dollen und Willy Kaven gaben sich als verbummelte
Heidelberger Studenten (Frammenschild und „Mack“) viel Mühe
„die Sache zu schieben“, Hertha Witt und Hans Kösele ver-
körpern Agnes und Karoline ganz passabel, Ricardo de Castro
und Ernst Albert als Gast, mimen die beiden Geißhölle
Winkert und Glattbein etwas zu drastisch, über alles andere aber
wollen wir den Schleier des Vergessens breiten. Aus der Auf-
führung war sicher mehr herauszuschälen. Der einzige Reiz
waren die alten Melodien, die vor Jahren bereits unsere Ohren
umharmelketen.

Vadantakt Falkendam. Die Wasserwärme betrug
heute früh 11 Uhr 15 1/2 Grad, die Luftwärme 16 Grad.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände des A. D. G. S., M. A. D. S.,
Betriebsräte, Betriebsbeiräte, Bandelegierte, gewerkschaftliche Ver-
trauensmänner der Kleinbetriebe! Am Freitag, dem 6. ds. Mts.,
abends 7 1/2 Uhr, gemeinsame Versammlung im Gewerkschaftshaus.
Das Erscheinen aller obgenannten Funktionäre ist Pflicht. Rol-
legen, beachtet die Anzeigen, die in den nächsten Tagen erscheinen.
Der Vorstand des A. D. G. S.
J. A. Dreyer.

Sozialdemokratischer Verein, 8. Distrikt. Mittwoch, den
4. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im „Landhaus“, Fack-
burger Allee. Redner: Gen. Wolfradt.

Sanja-Theater. Täglich 8 Uhr abends der große Erfolg
„Bumme! Studenten“, Posse mit Gesang und Tanz in fünf
Bildern.

Angrenzende Gebiete.

Schlagsdorf b. Raseburg. Eine gut besuchte Wäher-
nerlammlung fand hier am Sonnabend statt. Referent war
Genosse John-Lübeck, der in interessanter Weise die wirtschaft-
lichen und politischen Verhältnisse erläuterte und die Erhöhenen
aufforderte, bei der Landtagswahl am kommenden Sonntag den
notwendigen Schluß daraus zu ziehen und für die Sozialdemokratie
zu stimmen. Der gute Besuch dieser gut verlaufenen Versammlung
ist um so mehr anzuerkennen, als viele Arbeiter bis um 7 Uhr
abends tätig sein und dann noch zum Teil über eine Stunde
zum Versammlungslokal laufen mußten.

D. Geestemünde. Zum Streif der Hochseefischer.
Im März wurde allen Ernährungsschwierigkeiten zuwider die
Hälfte der deutschen Fischdampferflotte stillgelegt und dadurch 2500
Hochseefischer Brotlos gemacht. Die Folge war, daß die Seefische
von den deutschen Märkten verschwanden und gewaltig im Preise
stiegen. Gleichzeitig aber sollte der Lohn der Fischer um 20 bezw.
10 Prozent herabgesetzt werden. Diese Zumutung lehnten die
Schiffsbesatzungen ab und verließen die Dampfer. Als alle Fahr-

zunge Hilfestellung waren, griff endlich der Reichsarbeitsminister ein und berief einen Sonderprüfungsausschuss. Dieser sollte einen Schiedsspruch, der abermals unter Berufung auf die Verwendung englischer Kohlen durch die Hochseefischerei auf eine Lohnföhrung von 20 bezw. 10 Proz. hinausläuft. Dieser Spruch wurde in einer Zeit gefäht, in der die Lebenshaltungskosten eine wahnsinnige Steigerung erfuhren. Kein Wunder, daß die Besatzungen aus diesem Schiedsspruch vom 11. Mai ablehten. Es handelt sich bei dem Kampf zwischen Hochseefischer und Reeder nicht um „maßlose Lohnforderungen“, wie man es so gern hinstellen möchte. Die Besatzungen wehren sich lediglich gegen einen Abbau ihres Lohnes zum Vorteil der Reeder. Eine Herabsetzung der Bezüge der Fischer macht die Fische für das Publikum schon deshalb nicht billiger, weil sie in freier Luftkosten gehandelt werden, und der Lohn sich nach dem Erlös bestimmt. Das Ziel der Fischer geht dahin, alle Fischdampfer im Jahr zu legen, um durch reichliche Fischzufuhren niedrige Fischpreise im Inlande zur Besserung der Ernährungslage zu erzielen. Ergäht sich daraus eine Herabsetzung der Bezüge der Hochseefischer, so sind sie damit ohne weiteres einverstanden, weil dies zum Vorteil der Konsumenten geschieht. Aber sie wollen sich den Lohn für ihre gefährliche Arbeit nicht beschneiden lassen zugunsten der Arbeitgeber. Der Streik dauert an.

Gewerkschaften.

Die Einführung des Urlaubs. Seit dem Kriege hat sich der Brauch stark ausgebreitet, den Arbeitern einen bezahlten Urlaub zu gewähren. Eine Uebersicht der hierauf bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen, der Vorschläge zu solchen sowie der Regelung des Urlaubs durch Tarifverträge in gewissen Ländern veröffentlicht die Zeitschrift „Industrial and Labour Information“ (herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt). In Großbritannien ist durch mehr als 200 Tarifverträge und andere Vereinbarungen, die dem Arbeitsministerium zur Kenntnis kamen, die Gewährung eines bezahlten Urlaubs vorgeseher. In der Reihenfolge der Tarifverträge ist bestimmt, daß öffentliche gesetzliche Feiertage zu bezahlen und daß überdies bezahlter Urlaub von durchschnittlich 3 bis 12 Tagen im Jahre zu gewähren ist. Auf bezahlten Urlaub besteht in der Regel nur nach einer Beschäftigungsdauer von 6 oder 12 Monaten Anspruch. In einigen Fällen richtet sich die Dauer des Urlaubs nach der vorhergegangenen Beschäftigungsdauer im gleichen Betriebe. In Deutschland enthielten für das Jahr 1921 72 Prozent der Tarifverträge, die 80 Prozent aller durch solche Verträge gebundenen Arbeiter umfassen, Bestimmungen über Urlaub. Die durchschnittliche Urlaubsdauer war in 50 Prozent der Verträge 3 Tage und in weiteren 41 Prozent der Verträge über 3 bis 6 Tage. In Österreich haben nach dem Arbeitsurlaubsgesetz gewisse Klassen von Arbeitern auf Urlaub Anspruch, und zwar in der Dauer von einer Woche im Jahr nach einjähriger ununterbrochener Beschäftigung und von zwei Wochen nach fünfjähriger Beschäftigung. In Italien wird ein bezahlter Urlaub in den meisten hauptsächlich in Industriezweigen gewährt. Die Länge des Urlaubs schwankt von sechs Tagen in der chemischen Industrie, der Metall- und der Textilindustrie, bis zu 12 oder 15 Tagen in Gas- und Elektrizitätswesen und im Buchdruckgewerbe. In den meisten Fällen werden die Arbeiter nach einjähriger Beschäftigungsdauer anspruchsberechtigt, in zwei Fällen bereits nach 6 Monaten. In der Tschechoslowakischen Republik wird eine Regelungsvorlage herr. Arbeiterurlaub demnächst im Parlament zur Verhandlung kommen. Sie hebt für gewerbliche Arbeiter und häusliche Dienstboten die Gewährung eines Urlaubs nach einjähriger Beschäftigung vor. Die Dauer des Urlaubs soll 6 Tage nach mindestens einjähriger Beschäftigung und 12 Tage nach mehr als sechsjähriger Beschäftigung betragen.

Deutschnationale Vereinigungen. Die nationalistische und Generalanzeiger-Presse bringt einen Artikel „Zersähercheinungen in der sozialistischen Angestellten-Gewerkschaft“. Der Urheber dieses Artikels ist der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der es wieder einmal für erforderlich hält, seinen unbequemen Gegner, vor allem dem Zentralverband der Angestellten, eine auszuweichen. Der Anlaß zu diesem unfairen Kampf bietet ein Brief, den sieben ehemalige Angestellte der Hauptverwaltung des Zentralverbandes der Angestellten an die Beschwerdestellen dieses Verbandes gerichtet haben sollen. In dem Artikel wird behauptet, daß der ZAV gefälschte Mitgliederzahlen veröffentlicht, daß seine Sekretäre gezwungen werden, der SPD anzugehören, daß eine übermäßig starke Fluktuation innerhalb des Verbandes stattfindet usw. Alle diese Behauptungen sind glatte Unwahrheiten oder vollkommenere Verdrehungen des Gewährsmannes des ZAV. Ein Wort zu diesem Gewährsmann: Es handelt sich um einen früheren Angestellten der Hauptverwaltung des ZAV, dessen Qualifikationen durchaus in den Rahmen des ZAV passen. Zu dem angeführten Brief ist zu bemerken, daß derselbe bisher keiner der angezeigten Instanzen des ZAV zugegangen ist. Das Nachwort ist also scheinbar nur für den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband angefertigt worden. Dies bestätigt auch die fünf anderen Angestellten, die den Brief in der Form, wie ihn der ZAV veröffentlicht, unterschrieben haben sollen, in einer Erklärung, die aus im Vorlaufort liegt und aus der hervorgeht, daß sie in der Veröffentlichung des Briefes einen großen Mißbrauch des Gewährsmannes des ZAV, erblickten, daß der größte Teil des Inhalts des Briefes nachträglich gefälscht wurde, besonders auch, was die verlogene Behauptung über die Angabe falscher Mitgliederzahlen betrifft. Sie erklären insbesondere, daß es eine bewusste Lüge ist, daß die Sekretäre des ZAV, der SPD anzugehören hätten. Vor allem betonen sie in der Erklärung, daß Reichert (so heißt der Gewährsmann des ZAV), es verstanden hat, aus dem Beschwerdebrief durch ausgiebige Fälschungen eine verleumderische Behauptung gegen den ZAV zu machen.

Neue Bücher.

(Die hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)

Spanien. Eine Studienreise von P. Otto Maas, O. F. M. Franziskaner-Missionsverlag, Münster i. W. — Der Verfasser, Mitglied des Franziskanerordens, versteht unzweifelhaft zu schildern und zu begeistern. Ausgezogen, um die Schätze des Indiararchivs zu Sevilla zu heben und aus den 40000 Handschriften Quellenmaterial für die Missionsgeschichte zu sammeln, bannte ihn der Weltkrieg 5 Jahre auf der iberischen Halbinsel fest. Da fand der Verfasser auch Zeit, neben seiner wissenschaftlichen Arbeit sich sonst im Lande umzuschauen. Und er tat dies, soweit einem kirchlichen Ordensmitglied Gelegenheit aboten wird in die Welt zu schauen, mit offenen Augen. Er greift aus der gegenwärtigen politischen Lage Spaniens das Wichtigste heraus und holt aus der Historie manch Interessantes hervor. Es ist natürlich mit den Augen des Vaters gesehen, aber doch in einer Art, die nicht langweilt und auch dem Andersdenkenden wichtige Anhaltspunkte gibt. Daß er die Freigeisterei und den wegen dieser Weltanerkennung erschossenen Herrer nicht liebt, ist selbstverständlich. Bedeutender jedoch als diese geschichtlichen Reminiscenzen sind die kulturhistorischen Schilderungen und die Beschreibungen von Land und Leuten. Der wetteifernde Maas mit jedem Reisebriefsteller und reißt zur Begeisterung mit bei der Darstellung spanischer Kunstwerke aus maurischer Zeit, die in Andalusien — der Alhambra bei Granada, Sevilla und Cordoba — noch so großartig anzutreffen sind. Ein außerordentlich vielseitiges und wertvolles Material ist in dem reich illustrierten Werk verarbeitet. Jeder wird es mit Gewinn aus der Hand legen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Warum heißt man keine Arbeitslose ein?

Daß wir einen 8-Stundentag haben, scheint man auf der Ziegelei Travemünde nicht zu wissen. Denn dort wird jeden Tag 10 1/2 Stunden gearbeitet. Herr Schütt soll gebröht haben 2x6 Stunden arbeiten zu lassen, wenn seine Arbeiter nicht 10 Stunden pro Tag schaffen wollten. Bei einigem guten Willen wäre es aber möglich. Herr Schütt entzogen aufgenommen und nach nur 48 oder 50 Stunden zu arbeiten. Es arbeitet dann eben jeder nur 5 Tage in der Woche. Es könnten dadurch 5 bis 6 Mann mehr beschäftigt werden, ohne daß Herr Schütt Produktionsausfall oder Kohlenmehrverbrauch hätte. Wo so viele Arbeiter zum Teil wochenlang arbeitslos sind und die Zahl der Kurzarbeiter jeden Tag größer wird, ist es ein Unrecht von der Ziegelei arbeitslos zu machen, täglich 10 1/2 Stunden zu arbeiten.

Ein Arbeitsloser.

Patriotismus. Willibald Schulze hatte einen Stellungsbegehren erhalten. Er machte daraufhin dem Bezirkskommando folgendes Angebot: Er sei zwar theoretisch bereit, dem Staate bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu dienen, mache das jedoch, von der Erfüllung nachfolgender Bedingungen abhängig: a) sein Leben dürfe nicht gefährdet werden, b) für etwaige Beschädigungen habe der Staat im voraus eine Versicherung abzuschließen, c) er sei am Reingewinn des Unternehmens prozentlos zu beteiligen.

Die Sache hat damals viel Wohlgefallen erregt. Sie machte wochenlang an allen Stammtischen die Runde und die Witzblätter hatten Stoff auf Monate hinaus. Nicht so beifällig nahm das Bezirkskommando die Sache auf. Es erklärte darin eine freche Verhöhnepielung und brachte Herrn Schulze vor die Schranken des Gerichts. Der Verteidiger sah den Fall als hoffnungslos an und suchte wenigstens den guten Glauben durchdrücken. Der für solche Fälle bereitgehaltene Medizinalrat strich seinen wohlgelegten Bart und murmelte etwas von geistiger Beschränktheit, die zweifellos vorhanden sei. Daß könne sie keinesfalls Strafausschließung bedingen. Denn bei der hervorragenden staatsbürgerlichen Unterweisung, die in Deutschland allen Untertanen von Kind auf zuteil werde, müßte sich selbst ein vollkommener Döner über seine bedingungslosen Pflichten dem Staate gegenüber im Klaren sein. Und Willibald Schulze wurde verurteilt. Von Rechts wegen.

Willibald Schulze kam davon. Er kam sogar sehr gut davon. Man erkannte bald seine Gewandtheit im Verkehr mit Behörden, und er rißte bald in die solcher Begabung zugehörigen Stellungen auf. Jetzt berät er unsere Großindustriellen.

Da wandte sich neulich der Staat abermals an seine Bürger. Diesmal forderte er nicht das Leben, sondern hat lediglich die Leute mit dem dicken Portemonnaie, ihre Pflicht in betreff Bezahlung der Staatskassen zu tun. Auch dieses Schreiben beantwortete Herr Schulze. Er holte aus irgendeiner alten Ablegemappe den bemuhten Brief von damals, modelte ihn den geänderten Verhältnissen entsprechend um, und schickte ihn der Regierung als Garantieangebot der Industrie.

Dieses Angebot wird nun schon seit einem Monat von der Regierung, ernsthaften Abgeordneten und weniger ernsthaften Zeitungen allen Ernstes besprochen. So ändern sich die Zeiten.

Restaur. * Cafés * Vergnüg.

Englisch
Umfang
8
Uhr.



Fledermaus
Vorstellung und Tanz.
1. Stüb. Sehenstr. Bar.
Stimmung * Humor.

»OPERA«
KÜNSTLERSPIELE
ABENDS 8 1/2 UHR.

Zillerthal Hinter St. Petri 6
bei der Post
Gemütl. Aufenthalt.
Schiffahrtsgerte.

Gewerkschaftsbau
173 Johannisstraße 50/52 173

Café Viktoria
Mühlenbrücke 1
Täglich Konzert

Bodega-Weinstuben
ink. H. Giesenberg * Fleischhauerstr. 14
in allbekanntester Güte.

Ruhhaus Israelabori
Lübecks bester Kaffeeort.

Geertz Hotel, Schwartau
am Seebusch. Jed. Sonntag Konzert.

„TROCADERO“
Fernsprecher 787 — Schüsselbuden 4
Täglich: Stimmungskonzerte.

Schweizerhaus, Straelsdorfer Allee
Restaurants, Konditorei und Café
Fernsprecher 2394
Ausnehmener Familienaufenthalt.

Geschäftliche Rundschau
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan
Musterschutz

Abfahrt der Züge von Lübeck nach

Hamburg: 556, 740¹⁾, 747, 943 D, 1103, 126, 344, 417, 716²⁾, 722, 820 D, 930 S, 935.
Travemünde-Münderl: 521, 800, 900 S³⁾, 947, 207, 418⁴⁾, 658, 925⁵⁾.
Eutin: 714, S 942, 1208, 200, 725. ^{1) nur im Juli und August}
Büden: 500, 800, 150, 600. — ^{2) im Juni Sommerf. im Juli und August täglich}
Segeberg: 130 Wert., 210 Sonnt., 730.
Kleiner: 715, 926 D, 942 D, 1202, 524, 925. (Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

Stadthallen-Restaurant und weißer Saal
Sonntags: im vorderen Raum: Konzert, im weißen Saal: vornehmes Kränzchen.
Mittwochs: Familienabend mit Tanz.
NB. Halte meine Lokantien für Gesellschaften und Festlichkeiten bestens empfohlen.

Kammerlichtspiele Königstraße 25
* Jeden Freitag hochinteressantes neues Programm

Alexander Krock :: Königstraße Nr. 47
Spezialgeschäft in
Lederwaren, Reisekoffern, Reise- und Damentaschen in reicher Auswahl.

Sporthaus Paul Gassmann
Telephon 2171 LUBECK, Breite Straße 83 Telephon 2171

Loden-Bekleidung
Vollständige Wander- und Sport-Ausrüstungen in sachgemäßer Ausführung, in erprobt bewährten Qualitäten.

Julius Stammer
Konditorei - Kaffee
Lindenstraße 1b.

Lindenhof Näheres im Inseratenteil
Inseratenteil

Café Köpff
Vornehmstes Familien-Café
Lübeck, Breite Str. 89.

Spezialgeschäft für Schuhzeug und Bekleidung
Otto Schröder
Balauerstraße 17.

Nur gute Schuhe
Schuhwarenhaus Auguste Popp sind billigs!

Schuhwarenhaus von Ludwig Krell, Königstr. 44
Lager in Arbeiterstiefeln :: Feinste Maßanfertigung
Reparaturen, Leder-Ausschnitt.

Biete alle Arten
Schuhwaren
zu billigen Preisen an, da kleinen Laden und wenig Unkosten.
F. Lucht,
Huxstraße 59.

53 Aegidienstraße 53
Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten
Garderobe, Pelzwerk usw.

79 **Fischergarbe (Börse)** 79
Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten
Garderobe, Seemannsartikel, Pelzwerk
Börse Fischergarbe